

PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!

Rote Fahne

TRIBÜNE DER MARXISTEN - LENINISTEN IN DER KPÖ

Jgg. 1964/Nr. 9(13)

1. Mai

Einzelpreis S. 3,--

ZUM 1. MAI!

"Schon im letzten Jahrhundert haben die Arbeiter aller Länder beschlossen, alljährlich den heutigen Tag, den Tag des 1. Mai, zu feiern. Das geschah 1889, als die Arbeiter auf dem Pariser Kongreß der Sozialisten aller Länder den Beschluß faßten, gerade heute, am Tag des 1. Mai - da die Natur aus dem Winterschlaf erwacht, Wälder und Berge sich mit Grün bedecken, Felder und Wiesen sich mit Blumen schmücken, die Sonne stärker zu wärmen beginnt, in der Luft die Freude der Erneuerung fühlbar wird und die Natur sich dem Tanz und dem Frohlocken hingibt - gerade heute der ganzen Welt laut und offen zu erklären, daß die Arbeiter der Menschheit den Frühling und die Befreiung von den Fesseln des Kapitals bringen, daß die Arbeiter berufen sind, die Welt auf der Grundlage der Freiheit und des Sozialismus zu erneuern ...

Wir brauchen das Reich der Bourgeoisie und der Unterdrückter nicht!

Fluch und Tod dem Kapitalismus mit seinen Schrecken des Elends und des Blutvergießens!

Es lebe das Reich der Arbeit, es lebe der Sozialismus!

Das ist es, was die klassenbewußten Arbeiter aller Länder am heutigen Tag verkünden.

Überzeugt von ihrem Sieg, schreiten sie ruhig und stark auf dem Weg in das verheißene Land stolz vorwärts, auf dem Weg zum Sozialismus, und verwirklichen Schritt für Schritt den großen Ruf von Karl Marx:

PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!"

Aus dem Inhalt:

Von der 1. Aktivistenkonferenz der "Roten Fahne"

Angst um Chruschtschow

Eine lehrreiche Bezirkskonferenz

Eine wichtige Rede des Genossen WILCOX

+

Der vorstehende Aufruf zum 1. Mai stammt aus dem Jahre 1912. Sein Verfasser ist Stalin. Nirgends in der Welt gab es damals noch Sozialismus. Der Kapitalismus schien kraftstrotzender und siegessicherer denn je. Und war er eigentlich so schlecht? Wer achtete schon darauf, wenn "da drunten irgendwo in der Türkei die Völker aufeinanderschlügen"? Hauptsache, in Europa war Ruhe und Frieden. Hauptsache, hier

würden die hohen Herren - nicht durch "direkte Drähte", sondern meist sogar durch Familienbände miteinander verknüpft - keinen Krieg beginnen, dessen Folgen angesichts der neuesten Waffen unvorstellbar wären. "Nicht gewaltige Demonstrationen, nicht nervenerregende heroische Kämpfe sind die nächsten Aufgaben des Proletariats", schrieb in diesen Jahren die österreichische "Arbeiter-Zeitung". Wer brauchte noch die Revolution, wer konnte sie noch ernstlich wollen, wenn es doch offensichtlich darauf ankam, mit dem Stimmzettel die Mehrheit zu gewinnen und im Innern und nach außen den Frieden zu erhalten?

Die folgenden Jahre haben bewiesen, daß nicht jene recht hatten, die damals so argumentierten, sondern die noch wenigen, die Lenin und Stalin folgten.

Die Erde hat seither ihr Gesicht gründlich verändert. Aus einem fernen Ziel ist der Sozialismus zu einem Weltsystem geworden und die eindrucksvollsten und mächtigsten Maidemonstrationen finden jetzt schon in Ländern statt, in denen die Staatsmacht den Arbeitern gehört. In der kapitalistischen Welt sind an die Stelle der gekrönten Häupter meist "Republikaner" und "Demokraten" getreten. Die neuesten Waffen sind nicht mehr Flugzeuge und Tanks, sondern Raketen und Atomwaffen, deren zerstörende Wirkung die aller früheren Waffen bei weitem übertrifft.

Und dennoch: Nicht alles hat sich verändert. Vieles ist gleich geblieben, hat wohl seine Formen, nicht aber seinen Inhalt, nicht sein Wesen geändert. Seinem Wesen nach gleich geblieben ist der Imperialismus, der heute hinter einer noch wirkungsvolleren, teuflischeren Demagogie eine noch wirkungsvollere und teuflischere Ausbeutung und Kriegsvorbereitung betreibt.

Seinem Wesen nach gleichgeblieben ist auch der Revisionismus, der ihm dabei die Mauer macht, ihn verharmlost und beschönigt und mit tausend falschen Argumenten die Massen vom Kampf gegen ihn abzuhalten versucht.

So kommt es, daß so viele Dokumente der alten revolutionären Arbeiterbewegung bis heute ihre Aktualität behalten haben, oft sogar neue brennende Aktualität gewinnen, und daß wir an diesem 1. Mai so wie vor mehr als einem halben Jahrhundert den Ruf erheben können:

WIR BRAUCHEN DAS REICH DER BOURGEOISIE UND DER UNTER-
DRÜCKER NICHT!

FLUCH UND TOD DEM KAPITALISMUS MIT SEINEN SCHRECKEN DES
ELENDS UND DES BLUTVERGIESSENS!

PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!

GUT IN PEKING ANGEKOMMEN

ist eine sechsköpfige Delegation österreichischer Kommunisten unter Leitung unseres Redaktionsmitglieds Genossen Theo HEISS, um dort an den Mai-Feierlichkeiten teilzunehmen und sich vom sozialistischen Aufbau in China zu überzeugen. Wir werden über die Delegation noch ausführlich berichten.

EINE "WÜRDIGE" DISKUSSION

=====

Sie ist nicht würdig schlechthin, eher im Gegenteil würdelos, aber ihrer ist sie würdig - der Revisionisten: nämlich die Diskussion, zu der die "Volksstimme" vom 22. April einlädt: "1. Mai - demonstrieren oder feiern?"

Damit wird in den Reihen der KPÖ erstmals die Diskussion darüber organisiert, ob man die traditionellen Mai-Demonstrationen der Arbeiterklasse liquidieren soll. An dieser Tatsache ändert auch nichts der Umstand, daß eine solche Diskussion in der SPÖ bereits seit Jahren im Gange ist - es zeigt nur, in welcher beängstigender Weise die Revisionisten unsere Partei auch in dieser Form der SP anzugleichen versuchen. An dieser Tatsache ändert auch nichts, wenn die Veranstalter der "Liquidierungsdiskussion" sich vorläufig noch gegen die Liquidierung der Mai-Demonstration aussprechen. Es ist doch schon sehr aufschlußreich, daß die Mai-Demonstration des Weltproletariats für diese Leute überhaupt einen Diskussionsgegenstand bildet.

Übrigens: In der Agitationsabteilung des Zentralkomitees der KPÖ sitzt seit langem ein Funktionär, der - inoffiziell natürlich - den Standpunkt vertritt, der Mai-Aufmarsch sei, ebenso wie die alten Arbeiterlieder von der "blutigroten Fahne" und von der "letzten Schlacht", eigentlich ein Relikt aus längst vergangener Zeit, das nicht mehr für heute passe und die Leute daher nicht mehr "anspreche". Wird dieser Funktionär diesen seinen Standpunkt auch vor dem Forum vertreten, das laut Einladung der "Volksstimme" nun die Frage stellt, ob feiern nicht doch besser sei als marschieren?

R.

ANGST UM CHRUSCHTSCHOW

=====

(Eine Presseschau)

Politik ist im allgemeinen keine idyllische Angelegenheit. Sie ist es schon gar nicht dort, wo sich die Interessen der verschiedenen Klassen der Gesellschaft kreuzen, wodie elementaren Klassengegensätze zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, zwischen Imperialismus und Sozialismus aufeinanderprallen.

Bisher war diese Auffassung unbestritten und unbestreitbar. Seit Chruschtschow aber ist das anders. Vor uns liegen zwei Exemplare der großbürgerlichen, extrem antikommunistischen Zeitung "PRESSE". Die erste Nummer ist vom 7. April 1964 und trägt auf ihrer Titelseite die Schlagzeile: "CHRUSCHTSCHOW: ... LOB FÜR US-PRÄSIDENT JOHNSONS POLITIK". Darunter steht der Bericht über eine der Gulaschreden Chruschtschows in Ungarn, in der er den Vertreter der amerikanischen Imperialisten als "vernünftigen Mann" belobt, die chinesischen Kommunisten aber als "Idioten" beschimpft. Die zweite Nummer

der "Presse" stammt vom 13. April 1964 und enthält - ebenfalls auf der Titelseite - die Schlagzeile: "JOHNSON LOBT CHRUSCHTSCHOW". Darunter liest man, daß sich US-Präsident Johnson über die Reden Chruschtschows "höchst erfreut" gezeigt habe und solchen Reden gerne sein "Ohr leihe". Die Idylle wurde bloß dadurch ein wenig gestört, daß sich Johnson anschließend über die neuen großen Fortschritte der amerikanischen Kriegsrüstung begeisterte.

Die Lobgesänge waren kaum noch verklungen, als die bei Radio und Fernsehapparat sitzenden Österreicher plötzlich dieselbe Trauermusik vernahmen, die schon anlässlich Präsident Kennedys Tod gesendet worden war. Durch die Welt eilte die - unwahre - Nachricht von Chruschtschows plötzlichem Tod. Wer am folgenden Tag, am 15. April, die antikommunistischen Zeitungen las, mußte den Eindruck haben, die "freie Welt" habe einen unersetzlichen Verlust erlitten bzw. habe ihn befürchten müssen. Die nachfolgende kleine Blütenlese vermittelt davon ein bescheidenes Bild:

Die, wie gesagt, extrem antikommunistische "PRESSE" schrieb, daß es "wohl niemand gab, der die Nachricht hörte und nicht besorgt darüber gewesen wäre", daß "die Betroffenheit, die viele politisch denkende Menschen erfaßte, begreiflich" sei, daß im Westen "der Schrecken" über die Nachricht von Chruschtschows Tod größer gewesen sei wie jener über den Tod Kennedys, daß viele "erklärte Gegner" der Kommunisten "aufgeatmet" hätten, als sich dann herausstellte, daß Chruschtschow noch lebe usw. Als Begründung für diese tiefe Sorge um Chruschtschow führte das Blatt an, daß dieser "eine Revolution innerhalb des Sowjetkommunismus eingeleitet" habe. Es genügt daran zu erinnern, daß dieselbe "Presse" auch den faschistischen Militärputsch in Brasilien als eine "Revolution" bezeichnet hat.

Das ÖVP-"VOLKSBLATT" schrieb:

"Mit Erleichterung hat die Welt zur Kenntnis genommen, daß Chruschtschow lobt!"

Die "ARBEITER-ZEITUNG", der man bisher den Rang der am meisten antikommunistischen und antisowjetischen Zeitung kaum absprechen konnte, widmete dem Ereignis einen Leitartikel, der in der Behauptung ausklingt, daß nicht weniger als "hunderte Millionen aufatmeten", als sie hörten, der Totgesagte lebe, denn:

"Chruschtschow ist im Bewußtsein der Völker einer der großen Garanten für den Frieden in der Welt geworden, SEIN TOD BEDEUTET FÜR DIE MENSCHEN UNABSEHBARES UNHEIL."

Die "Arbeiter-Zeitung" deutet übrigens auch an, in den "kritischen Minuten" zwischen der Todesnachricht und ihrer Widerrufung sei die Welt am Rande des Atomkriegs gestanden. Sie sagt damit nicht mehr und nicht weniger, als daß die USA auf die Wahl eines ihnen nicht zusagenden (nämlich "stalinistischen") Nachfolgers Chruschtschows eventuell mit der Kriegserklärung geantwortet hätten! Anscheinend hängt die Entscheidung der Frage "Krieg oder Frieden" gegen-

wärtig davon ab, ob der sowjetische Ministerpräsident den Wünschen und Vorstellungen der USA entspricht oder nicht.

Den Vogel, der in diesem Fall eine Ente war, hat die "KRONEN-ZEITUNG" abgeschossen. Wie gewöhnlich außerordentlich "gut informiert", erzählte sie, bei der Todesmeldung habe es sich um "eine gezielte Aktion rotchinesischer Agenten oder eines stalinistischen Zirkels in der Sowjetunion" gehandelt, wodurch die Welt erstmalig erfuhr, daß die westdeutsche Nachrichtenagentur DPA teils von "Rotchinesen" und teils von "Stalinisten" besetzt ist. Die "Kronen-Zeitung" fand es notwendig, in Balkenlettern gegen den "Rufmord" an dem ehrenwerten Genossen Chruschtschow zu protestieren, der darin liege, daß man diesem im Essen und Trinken bekanntermaßen so mäßigen Menschen eine Leberzirrhose zugeschrieben habe, die nur bei Gewohnheitssäufern vorkomme. Zirrhosekranke mögen ihre Dankschreiben an die Redaktion der "Kronen-Zeitung" richten.

Fast alle Zeitungen berichteten über das merkwürdige Reagieren der amerikanischen Börse auf die Todesnachricht. So schrieb das "VOLKSBLATT":

"In San Franzisko, wo die Börse noch in vollem Betrieb war, kam es zu Kursstürzen, die rund 3 Dollar je Aktie betrugen. Nachdem die Falschmeldung widerrufen wurde, stiegen die Kurse allerdings sofort wieder auf die alte Höhe."

Noch vor kurzem haben wir in einem Artikel des österreichischen Oberrevisionisten Franz MAREK gelesen, daß die Aktienkurse der amerikanischen Imperialisten sinken, wenn die Friedenshoffnungen der Menschheit steigen, und daß sie steigen, wenn jene sinken. Was wird er jetzt sagen, um sich vom Verdacht zu reinigen, ein verkappter Gegner Chruschtschows zu sein? Wie schwach ist doch das "Argument" der Leberzirrhose gegenüber diesem Marek'schen Angriff gegen Chruschtschow!

Die Revisionisten haben es wahrlich nicht leicht. Wenige Tage nach der falschen Todesnachricht und der dadurch verursachten Aufregung kam die richtige Nachricht, daß Chruschtschow 70 Jahre alt geworden ist. Die "VOLKSSTIMME" hat diesem Ereignis am 17. April einen großen Vierspalten-Artikel gewidmet, der den Weg "VOM HIRTENBUBEN ZUM MINISTERPRÄSIDENTEN" besingt. Der Artikel spart natürlich nicht mit Lob, aber trotzdem: Der Geburtstagsartikel, den die kapitalistische "PRESSE" wenige Tage zuvor veröffentlichte, ist noch schöner und noch größer. Absatz für Absatz verzeichnet das dem amerikanischen Großkapital "nahestehende" Blatt, wie gut Chruschtschow ist und wie schlecht Stalin war und setzt dann das sich ergebende Resümee als Titel über den Artikel: "AUSGEZEICHNET, NIKITA SERGEJEWITSCH!" Chruschtschow ist gut, Stalin war schlecht - fragt sich bloß: für wen eigentlich?

Den vielleicht größten Aufklärungswert unter den im Rahmen des Rummels um Chruschtschow veröffentlichten Stellungnahmen dürfte wohl die Karikatur haben, die von der "PRESSE" am 16. April gebracht wurde: Vor einem riesenhaften, bis an

die Zähne bewaffneten Chinesen stehen die kleinen Figuren Chruschtschows und Johnsons, wobei Chruschtschow den US-Präsidenten am Rockärmel faßt und ihm zuzwinkert: "Also ehrlich, Johnson - würden Sie an meiner Stelle abrüsten?" Ganz unverblümt rät hier die antikommunistische "Presse" dem Mann, um dessen Leben sie einige Minuten so gezittert hatte: Rüste nicht ab, sondern gebrauche Deine Waffen - gegen die Chinesen!

Es gibt Fragen, in denen es einer guten marxistischen Schulung bedarf, um die wahre Rolle der Revisionisten zu durchschauen. Aber es gibt auch Dinge, bei denen schon der kleinste Rest von Klassenbewußtsein und proletarischem Instinkt genügt, um den effektiven Verrat Chruschtschows und seiner Gruppe an der revolutionären Sache zu erkennen. Die letzten Wochen brachten dafür, wie man sieht, eine Fülle lehrreicher Beispiele.

F.St.

Erst bei Drucklegung der vorliegenden Nummer der "ROTEN FAHNE" haben wir den vollen Text der Rede SUSLOWS erhalten, mit der die Revisionisten jetzt eine Art von Generalangriff gegen die marxistisch-leninistischen Auffassungen der KP Chinas eröffnet haben. Wir werden uns also demnächst mit den Argumenten Suslows beschäftigen, über dessen Rolle und Standpunkte auch die als letzter Beitrag dieser Nummer veröffentlichte Rede des Vorsitzenden der KP Neuseelands, Genossen WILCOX, interessante Informationen enthält.

DER "KONSUM" STREIKT

=====

Im Grunde war es ein lebendiger Anschauungsunterricht über die Unzulänglichkeit des sogenannten "Mitbestimmungsrechts": De jure kann in diesen von der SP kontrollierten Betrieben der Betriebsrat den Beschlüssen der Direktion zustimmen oder auch nicht. De facto schert sich die Direktion um die Zustimmung des Betriebsrates einen blauen Teufel. Sie kündigt vier Arbeiter - einer von ihnen steht nach 35 Dienstjahren knapp vor der Pensionierung. Sie legt einen genossenschaftlichen Betrieb wegen "Unrentabilität" still - in einer Zeit der Konjunktur, in einer Zeit, in der "SPAR" und andere Agenturen der westdeutschen Imperialisten in Österreich ununterbrochen neue Unternehmen errichten und Zehntausende ausgeben allein für Inserate, um "billige" österreichische Arbeiter zu finden.

Wer da nur von "unsozialer Kündigung" spricht, wie die "Volksstimme" vom 22. April, und über die offensichtliche Sabotage, die hier an der Idee der Konsumgenossenschaft getrieben wird, hinweggeht, wer hier nicht nachdrücklich darauf hinweist, wie die Direktion der KGW hier doch hand-

greiflich mit Westdeutschland kollaboriert und die Kontrolle über die Lebensmittelversorgung der Wiener an die Westdeutschen sukzessive ausgeliefert wird, wer sich über die politischen Hintergründe solcher "Unrentabilität" ausschweigt, macht sich mitschuldig.

In diesem Zusammenhang scheint es angebracht, neuerlich den Verkauf des Brauhauses der Stadt Wien in Erinnerung zu bringen und auf die Vorgänge in der WOK hinzuweisen, wo offenbar gleichfalls die Saboteure am Werk sind. (Über die Sabotage der Reaktion am öffentlichen "Gaststättenwesen" wird es notwendig sein, ausführlich in einem eigenen Artikel zu berichten).

Selbst wenn es im Einzelfall diesmal gelingen sollte, eine "unsoziale Kündigung" zu verhindern, so zeigt sich doch ganz klar, daß Betriebsrat und Gewerkschaft nicht imstande sind, die allgemeine Entwicklung, die sich in solchen Vorgängen äußert, zu verhindern.

Hier offenbart sich die ganze Unzulänglichkeit der Politik der SP, die nicht einmal "Reformen" zielstrebig vorantreibt und nach jeder "Reform" sich auf ihren Lorbeeren ausruht, bis alles wieder zum Teufel geht.

Bei einem Betrieb, der eine so wichtige Funktion im öffentlichen Leben wie die Konsumgenossenschaft hat, wäre schon längst die Forderung nach Kommunalisierung, also Übernahme durch die Gemeinde Wien, zu erheben gewesen. Damit natürlich nicht genug, hätte man sofort, wenn das erreicht gewesen wäre, die Forderung nach Umwandlung der KGW in einen echten Gemeindebetrieb stellen müssen. Wobei das wesentliche Merkmal eines echten Gemeindebetriebes ist, daß das Dienstrecht der Stadt Wien auf die dort Beschäftigten Anwendung findet.

Der "sozialistischen" Gemeinde Wien und der von der SP kontrollierten KGW wäre die Durchführung solcher Maßnahmen ohne weiteres möglich gewesen. Damit während der gegenwärtigen Entwicklung schon von Haus aus ernste Hindernisse entgegengestellt worden.

Gewisse Revisionisten in der Gewerkschaft werden einwenden: Es wäre schon richtig, daß genossenschaftliche Betriebe kommunalisiert, kommunalisierte Betriebe in Gemeindebetriebe, Gemeindebetriebe verstaatlicht und verstaatlichte Betriebe in Staatsbetriebe umgewandelt, also zentralisiert, würden. Aber die Leut' (die armen Leut' müssen für die Revisionisten immer als Ausrede herhalten) wollen das selbst nicht, weil ihnen das Dienstrecht der Gemeinde (des Staates) in mancher Beziehung schlechtere Arbeitsbedingungen brächte als das bisherige."

Nun, da wäre zuerst zu untersuchen, ob das überhaupt wahr ist, und hernach, ob "die Leut'" wirklich so denken! Zeigt sich doch immer wieder, daß die Funktionäre von dem, was "die Leut'" wirklich denken, keinen blassen Dunst haben.

Aber selbst wenn der Einwand zuträfe, entschuldigt er überhaupt nichts, sondern fordert bloß die Feststellung heraus: Wenn die Arbeitsbedingungen bei der Gemeinde, beim Staat und

im öffentlichen Dienst so schlecht sind, daß "die Leut' sie nicht wollen", dann muß man sie eben ändern, verbessern!

Der Kampf um bessere, erstklassige, ja die besten Arbeitsbedingungen der Gemeindebediensteten, der Staatsbediensteten und der öffentlich Bediensteten ist nicht nur eine Frage des davon betroffenen Personenkreises, sondern eine solche von ganz allgemeiner politischer Bedeutung! Beste Arbeitsbedingungen bei Gemeinde-, Staats- und öffentlichen Betrieben sind logischerweise das wirkungsvollste Mittel, den Gedanken der Kommunalisierung, der Verstaatlichung (wiewohl sie noch keine Sozialisierung ist), unter den Massen der Arbeiterklasse zu popularisieren!

Wir haben nicht den Eindruck, daß sich die führenden Funktionäre der "Gewerkschaftlichen Einheit" über die Tragweite dieser Frage, die über den Rahmen des allgemeinen Kampfes um soziale Verbesserungen weit hinausgeht, schon wirklich den Kopf zerbrochen haben.

L.

ANBAHNUNG OFFIZIELLER BEZIEHUNGEN ZWISCHEN DER
KP INDONESIENS UND DEN NEUEN, FÜR DEN
MARXISMUS-LENINISMUS KÄMPFENDEN PARTEIEN

Die KP Indonesiens, mit 2,5 Millionen Mitgliedern die größte kommunistische Partei im nichtsozialistischen Teil der Welt, hat auf ihrem letzten ZK-Plenum beschlossen, mit den in letzter Zeit im Kampf gegen den Revisionismus entstandenen neuen marxistisch-leninistischen Parteien und Gruppen brüderliche Beziehungen aufzunehmen. Über diesen Beschluß heißt es im Referat des Genossen AIDIT auf dem Plenum:

In jedem Land gibt es Genossen, die das Banner des Marxismus-Leninismus hochhalten. In manchen Ländern ist ihre Zahl größer, in anderen kleiner. Aber in allen Ländern stoßen die Revisionisten auf Widerstand; mancherorts haben sich bereits Gruppen gebildet, die ihnen durch Publikationen oder auf andere Weise entgegentreten. In einigen Ländern treten die Marxisten-Leninisten innerhalb der alten Partei auf, in anderen wiederum haben sich sogar neue Parteien gebildet, um die Revisionisten zu bekämpfen. Wir können uns vorstellen, welches Unglück es für unsere kommunistische Weltbewegung wäre, wenn es diesen Kampf gegen den Revisionismus nicht gäbe ...

... Was ist die Haltung der KP Indonesiens in der Frage zweier kommunistischer Parteien - einer alten und einer neuen - in einem Land? Die KP Indonesiens wird ihre Beziehungen zur alten Partei nicht abbrechen, solange diese noch in irgend einem Maße gegen den Imperialismus und die Reaktionäre des eigenen Landes kämpft, und zwar nicht nur

in Worten, sondern in der Tat. Wenn eine neue Partei auftritt, die sich wirklich der Aufgabe widmet, den Revisionismus der alten Partei zu korrigieren, die wirklich das Banner des Marxismus-Leninismus hoch erhebt, dem proletarischen Internationalismus sowie der Deklaration von 1957 und der Erklärung von 1960 treu ist, dann wird die KP Indonesiens Beziehungen zu ihr herstellen.

NEUES VON DER SPENDENAKTION
=====

"Für die technische Verbesserung der 'ROTEN FAHNE'"

Nicht umsonst haben wir in der letzten Nummer an unsere Leser und Freunde appelliert, in der Spendenaktion für die technische Verbesserung der "ROTEN FAHNE" nicht nachzulassen und eine neue Anstrengung zu unternehmen. Kurz nach der Versendung der Zeitung erreichten die Eingänge einen neuen Höhepunkt, sodaß wir einen bemerkenswerten Schritt vorwärts auf dem Weg zu unserem Ziel verzeichnen können.

Wieder gibt es Beispiele einer Opferbereitschaft, die weder unsere bürgerlichen Gegner noch die Revisionisten jemals verstehen werden, etwa, wenn ein Altersrentner mit einer winzigen Rente einen 500-Schilling-Schein sendet, wenn ein derzeit arbeitsloser Genosse einen silbernen Fünfiger, den er bisher als "eiserne Reserve" aufgehoben hatte, zur Verfügung stellt, wenn ein uns vermutlich gar nicht bekannter Freund fast jede Woche eine Spende von einigen Schilling schickt usw.

Einige Spender beweisen einen Humor, den wir uns gerne gefallen lassen: zum Beispiel ein Genosse, der schon zum zweitenmal unter dem Namen eines berüchtigten Revisionisten im ZK einen namhaften Geldbetrag überweist, oder jener Spender, der als Adresse auf dem Erlagschein den Höchststadtplatz 3 und als Namen die lateinische Bezeichnung für "Wahrheit siegt!" angegeben hat.

Schon jetzt allen Spendern und Sammlern unseren innigen Dank. Ihre Beiträge sind uns nicht nur eine höchst notwendige finanzielle Hilfe, sondern ein großer Ansporn und eine Ermutigung in unserem schweren Kampf.

"AMERIKANISCHE LEBENSART" IN JAPAN

Wie aus einem in Tokio veröffentlichten statistischen Bericht hervorgeht, haben amerikanische Soldaten im ersten Viertel des heurigen Jahres insgesamt 126 Kapitalverbrechen begangen, was noch über der vorjährigen Rekordzahl (460 im ganzen Jahr) liegt. Bei diesen von den US-Soldaten in Japan verübten Verbrechen handelt es sich laut einem Bericht des Radios Tokio vom 23. April vor allem um Mordtaten, Raubüberfälle und Brandstiftungen.

SOLL DIE ÖFFENTLICHE POLEMIK EINGESTELLT WERDEN?

=====

Schon mehrmals hat die "Volksstimme" in den letzten Wochen und Monaten, zuletzt wieder am 4. April, die ignorante Lüge wiederholt, daß in der Sowjetunion die öffentliche Polemik gegen die KP Chinas während einiger Monate eingestellt worden war. Angeblich war auch die SUSLOW-Rede aus diesem Grund mit so großer Verspätung veröffentlicht worden. Wir haben diese Behauptungen bereits zweimal an Hand umfangreichen Materials widerlegt und immer wieder erhalten wir

Dokumente, die beweisen, wie ungeniert die österreichische Parteiöffentlichkeit mit diesen "Volksstimme"-Meldungen irreführt wird. Unter anderem erinnert uns einer unserer Leser an einen Artikel in der "PRAWDA" von Ende Jänner, der eine heftige Attacke gegen das "Pekinger Tagblatt" ritt, weil dieses die Vorschläge Johnsons für die Genfer Abrüstungskonferenz kritisiert hatte. "Warum weint die 'Prawda', wenn man Johnson auf die Hühneraugen steigt?", fragte danach mit Recht das angegriffene Blatt.

Doch nicht nur die Tatsache, daß die Chruschtschow-Presse von einer angeblichen "Einstellung der öffentlichen Polemik" erzählte, während sie diese Polemik unbekümmert weiterführte, ist bemerkenswert. Mögen sie die öffentliche Polemik, die sie begonnen haben, nur ruhig weiterführen, die Marxisten-Leninisten fürchten sich nicht davor. Wir wollen bloß, daß bei dieser Polemik etwas Vernünftiges herauskommt, daß die Kommunisten aller Länder die Standpunkte kennenlernen, vergleichen, beurteilen und somit selbst Stellung nehmen können, um dem richtigen Standpunkt zum Erfolg zu verhelfen und den unrichtigen zu überwinden.

Die chinesischen Genossen geben uns für eine solche sinnvolle und helfende Art der Polemik und Diskussion ein gutes Beispiel. Das Zentralorgan der KP Chinas hat zum Beispiel sowohl den oben erwähnten "Prawda"-Artikel als auch den von der "Prawda" angegriffenen Artikel des "Pekinger Tagblatts" im vollen Wortlaut abgedruckt, um ihren Lesern einen Anschauungsunterricht zu erteilen. Mehr noch. Um alle antichinesischen Materialien, die seit Juli v.J. in der UdSSR veröffentlicht wurden, den chinesischen Lesern im Wortlaut zugänglich zu machen, werden im Pekinger Verlag "Weltkultur" fortlaufend Sammelbände herausgegeben. Zwei sind bereits erschienen, und im Vorwort des Verlags zum 1. Band heißt es u.a.:

"Wir sind seit jeher der Ansicht, daß es jammerschade wäre, wenn hinsichtlich ihrer negativen Eigenschaften so bemerkenswerte Lektionen nicht im vollen Umfang ausgewertet würden."

Die chinesischen Genossen haben mit der Methode "Laßt 100 Blumen blühen", die es den breiten Massen ermöglicht, mit den eigenen Sinnen Unkraut von nützlichen Gewächsen zu unterscheiden, blendenden Erfolg gehabt. Sie haben darum keine Ursache, das Chruschtschowsche Unkraut zu verstecken. Uns scheint das nicht nur ein wahrhaft demokratischer, sondern auch ein sehr überlegener Standpunkt zu sein, der seine

- Siegeszuversicht aus dem tiefen Bewußtsein seiner Richtigkeit-bezieht.

Was aber tut die "Volksstimme"? Sie hat über das bedeut-same 7. Kommentar der KP Chinas zum Offenen Brief des ZK der KPdSU am 1.4.64 unter dem Titel "Neue Verleumdungen aus Peking" berichtet, von "gehässigen Angriffen", von "Verleumdungen, die an Zügellosigkeit womöglich alles bis-herige übertreffen" usw. geschrieben, danach aber nicht einmal eine einzige Zeile aus diesem Kommentar zitiert, die eine solche Abfertigung gerechtfertigt hätte! Das ist eine Politik, die offensichtlich darauf spekuliert, daß die Leser der "Volksstimme" den wahren Text des 7. Kommen-tars ohnedies nicht zu Gesicht bekommen, eine Politik, die auf das Vorurteil statt auf das Urteil, auf die Unwissen-heit statt auf das Wissen baut.

Hier ergab sich eine wichtige Aufgabe der "ROTEN FAHNE", die keine Mühe scheute, um die Öffentlichkeit so rasch als möglich mit dem Text des 7. Kommentars bekanntzumachen und diesem Zweck eine Sondernummer widmete, da nicht abzusehen war, wann die entsprechende Menge an Broschüren aus Peking einlangen würde. Gewisse Umstände, die wir an anderer Stelle erwähnen, haben nun die erfreuliche Möglichkeit ge-boten, in den nächsten Tagen auch den vollen Text des 7. Kommentars in Form der Originalbroschüre zum Versand zu bringen. Mögen die Leser der "Volksstimme" dann selbst vergleichen, was im 7. Kommentar steht und was ihre Zeitung darüber schreibt.

Vielleicht wird der eine oder andere von ihnen dann auch die Redaktion der "Volksstimme" fragen: Warum dürfen, wenn es auf Euch ankommt, die Leser auch nicht den blasse-sten Schimmer von dem haben, was in dieser wie auch in anderen chinesischen Veröffentlichungen gesagt wird? Wenn unter den hunderten dort angeführten Tatsachen auch nur eine einzige nicht stimmt - warum stürzt Ihr Euch nicht darauf, um ihre Unwahrheit festzunageln? Wenn die Argu-mente der chinesischen Genossen falsch sind, warum zitiert Ihr sie nicht gewissenhaft, um sie hernach gründlich zu widerlegen? Daß Ihr die Wahrheit fürchtet, ist wohl in diesem wie in allen anderen Fällen der schlagendste Beweis dafür, daß Ihr eine faule Sache vertretet. Darum glauben wir Euch sogar, daß Ihr jetzt "Schluß der Debatte" wünscht. Jedoch ...

GERADE JETZT BEKOMMT DIE DEBATTE EINE GROSSE WELTHISTO-RISCHE BEDEUTUNG, GERADE JETZT IST FÜR DIE KOMMUNISTISCHE WELTBEWEGUNG IM ALLGEMEINEN UND FÜR UNSERE PARTEI IM BE-SONDEREN NICHTS WICHTIGER. ALS EINE UNEINGESCHRÄNKTE OF-FENE AUSSPRACHE ÜBER ALLE MEINUNGSVERSCHIEDENHEITEN.

Schon jetzt zeigt sich, welche heilsame Wirkung die Debatte auf die kommunistischen Parteikader in der ganzen Welt aus-zuüben beginnt, die seit Jahren nicht mehr gewöhnt waren, über ideologische Streitfragen und theoretische Probleme gründlich nachzudenken und ernsthaft zu diskutieren und zu diesem Zweck die konkrete Wirklichkeit, die Praxis der Par-teipolitik und die Werke der Klassiker zu studieren. In der

Haltung zur offenen Debatte zeigt sich augenfällig der Wesensunterschied zwischen Revisionisten und Marxisten-Leninisten: Wenn die Revisionisten glauben, in der Form einseitiger Verleumdungen und autokratischer Aburteilungen eine "Debatte" durchführen zu können (wie z.B. in bezug auf MOLOTOW, von dem nicht ein einziger Satz veröffentlicht worden ist!), dann ziehen sie mutig vom Leder. Sobald sie aber sehen, daß sie die einseitig und verleumderisch attackierten Bruderparteien durchaus nicht schrecken konnten, sondern diese sich mit den Mitteln sachlicher Argumentation, ebenso öffentlich, zur Wehr setzten, erschranken sie und begannen wehleidig "Schluß der Debatte!" zu schreien. Die Marxisten-Leninisten hingegen waren jahrelang gegen jede öffentliche Debatte, so lange Hoffnung bestand, daß sich die Revisionisten an die durch gemeinsame Beschlüsse der kommunistischen Weltbewegung festgelegten Regeln für den Verkehr unter den Bruderparteien halten würden. Denn auch in der Frage der internationalen Auseinandersetzung zwischen kommunistischen Parteien gelten die unerbittlichen Gesetze der Dialektik: Widersprüche unter uns sind keine antagonistischen (unversöhnlichen) Widersprüche, d.h. sie können auf kameradschaftliche Weise, durch interne Diskussionen, geduldige gegenseitige Überzeugung, Entgegenkommen in diesen oder jenen Fragen usw. gelöst werden. Aber die Meinungsverschiedenheiten müssen eben unter uns ausgetragen werden! Sobald man sie in die breite Öffentlichkeit hinausträgt, hat nur der Klassenfeind seine Freude, wie TSCHU EN-LAI auf dem 22. Parteitag der KPdSU warnend erklärte. So mußte sich denn auch die von Chruschtschow gestartete öffentliche Polemik unweigerlich mit der welthistorischen Auseinandersetzung zwischen uns und dem Imperialismus verquicken. Jetzt ist daher klar: Nur eine offene Debatte kann jetzt verhindern, daß die Genossen, die zeitweilig auf ideologische Irrwege geraten sind, ohne es zu wissen und zu wollen auf die andere Seite der Barrikade gelangen, daß aus dem nichtantagonistischen Widerspruch unter Genossen der antagonistische Widerspruch zwischen uns und dem Klassenfeind wird. Zunächst bringt die offene Debatte wohl Schwierigkeiten für die Kommunisten in der ganzen Welt mit sich; aber jetzt schon schlägt der anfängliche Nachteil in einen Vorteil um, denn im Feuer der offenen ideologischen Auseinandersetzung werden die Millionenmassen der Kommunisten und der übrigen Antimperialisten geschult und gestählt, wird der Marxismus-Leninismus außerordentlich bereichert und auf eine höhere Stufe gehoben.

DESHALB SIND DIE MARXISTEN-LENINISTEN, DIE VORHER GEGEN EINE ÖFFENTLICHE DEBATTE WAREN, JETZT FÜR DIE ALLSEITIGE ENTFALTUNG UND GRÜNDLICHE VERTIEFUNG DER SACHLICHEN PRINZIPIELLEN AUSEINANDERSETZUNG.

Die Marxisten-Leninisten werden darum alle neuen Dokumente der Chruschtschow-Leute sorgfältig studieren und mit ausführlichen marxistisch-leninistischen Stellungnahmen beantworten, die auch ohne die "Volksstimme" ihre Leser erreichen werden.

K.W.

DIE ERSTE AKTIVISTENKONFERENZ DER "ROTEN FAHNE"

Am Samstag, dem 18. April 1964, fand in Wien die 1. Aktivistenkonferenz der "Roten Fahne" statt. 37 Genossen und Genossinnen aus 5 österreichischen Bundesländern (Wien, Niederösterreich, Steiermark, Oberösterreich und Burgenland), durchwegs langjährige Mitglieder und Funktionäre der Partei, waren gekommen, um über die Lage in der Partei, über Erscheinungsformen und Folgen ihrer revisionistischen Durchdringung und vor allem über die im Kampf gegen den Revisionismus notwendigen Schritte und Maßnahmen zu beraten.

In einem einleitenden Bericht gab Genosse Franz Strobl zunächst einen kurzen Überblick über die ernste Lage in der kommunistischen Weltbewegung sowie in unserer Partei und berichtete dann über Entstehungsgeschichte, Zielsetzung und Gegenwartsprobleme der "Roten Fahne". Er bezeichnete es als nach wie vor wichtigste Aufgabe der Zeitung, mittels beharrlicher Kritik an dem revisionistischen Kurs der Parteiführung, mittels umfassender Information über all das, was die Parteipresse im Dienste Chruschtschows verschweigt, eine echte, auf wirkliche Sachkenntnis gestützte Parteidiskussion herbeizuführen, um so einen Beitrag nicht nur zur Entwicklung der schon weitgehend verlorengegangenen innerparteilichen Demokratie, sondern vor allem zur Wiederbesinnung auf ihre marxistischen Traditionen und Ziele zu leisten. Naturgemäß war ein wichtiger Teil des Berichts den großen materiellen und finanziellen Problemen der "Roten Fahne" gewidmet, die nur durch außerordentliche Anstrengungen aller ihrer Leser und Freunde gemeistert werden können. Beifall erweckte diesbezüglich die Mitteilung, daß eine grobe Schätzung der bisherigen Gesamtspenden allein der anwesenden Aktivisten schon eine Summe von über 10.000 Schilling ergibt, obwohl der Kreis der besten finanziellen Helfer durchaus nicht immer mit dem Kreis der aktivsten politischen Mitarbeiter identisch ist. Besonderes Interesse fanden die Mitteilungen über das ausgezeichnete internationale Echo der "Roten Fahne" und ihre sich rasch entfaltenden Kontakte mit anderen antirevisionistischen Parteien und Gruppen.

Genosse Theo HEISS, der auf der Tagung den Vorsitz führte, eröffnete sodann die Diskussion. In ihrem Verlauf ergriffen 15 Genossen das Wort. Übereinstimmend - manchmal mit Tränen in den Augen - berichteten die Genossen über die traurige Lage, in die der Revisionismus viele früher starke und erfolgreiche Parteiorganisationen gebracht hat, über die empörenden Methoden, mit denen die Revisionisten alte kampfproben Arbeiterfunktionäre, die nicht wie Hampelmänner nach ihrer Pfeife tanzen, abzuschieben und kaltzustellen versuchen, sowie über die befreiende und aktivierende Wirkung, die das Erscheinen der "Roten Fahne" für viele Kommunisten hatte, die knapp daran waren, zu verzweifeln und aufzugeben. In freimütiger Art wurden aber auch Kritiken an der "Roten Fahne" bzw. an der Arbeit ihrer

Redaktion geäußert, die vor allem in der Forderung ausklangen, die Schreibweise der Zeitung bei Beibehaltung ihres hohen politischen Niveaus zu vereinfachen und von einer oft nur literarischen Opposition zu praktischen Kampfmaßnahmen gegen den Revisionismus überzugehen. Gute Vorschläge wurden zur besseren Popularisierung und Verbreitung der "Roten Fahne", insbesondere zur Verbesserung ihrer noch sehr ungleichmäßigen "Streuung" in den Organisationen, zur Schaffung von Leserzirkeln, Studiengruppen usw. gemacht.

Die fast fünfstündige Tagung endete mit der Beschlußfassung über einen Aufruf an alle Mitglieder der KPÖ, zu dessen Entwurf aus dem Forum heraus etliche Verbesserungs- und Abänderungsvorschläge gemacht wurden.

+

Die Revisionisten im ZK fanden es notwendig, die Konferenz der "Roten Fahne" auf die ihnen gemäße Art zu "würdigen". Sie entsandten ein Rudel von beamteten Parteisekretären vor den Eingang des Tagungslökal, um die Tagungsteilnehmer einzuschüchtern oder durch Zureden bzw. durch Drohungen an der Teilnahme zu hindern. Unter den Leuten, die sich für diese Schmutzarbeit hergaben, waren unter anderem die Herren WEHOFER aus dem 12., EICHINGER aus dem 16., R.STREITER aus dem 20. Bezirk, sowie WILDPANNER von der niederösterreichischen Landesleitung. Angesichts dieser vorausgeahnten Intervention hatte es die Redaktion der "Roten Fahne" einigen Genossen freigestellt, eventuell einen wenig bekannten und tatsächlich nicht "beschatteten" Nebeneingang zu benützen, doch machte fast keiner der Teilnehmer von dieser Möglichkeit Gebrauch.

EIN ERFREULICHER ERFOLG

=====

In der vorigen Nummer der "ROTEN FAHNE" teilten wir mit, daß die österreichischen Behörden für eine größere Sendung politischer Broschüren aus Peking schon seit fast 3 Monaten die Einfuhrgenehmigung verwehrten. Nachdem wir so lange immer wieder vergeblich interveniert hatten, teilten wir den betreffenden Behörden unseren Beschluß mit, das in Frage stehende Material nunmehr in Österreich selbst in entsprechend höherer Auflage zu drucken, was allerdings gleichbedeutend mit der Gründung eines entsprechenden Versandzentrums dieser Materialien für den gesamten deutschsprachigen Raum wäre. Die daraufhin verhältnismäßig rasch erfolgte Genehmigung der Einfuhr enthebt uns nun dieser Aufgabe.

AUS DEM PARTEILEBEN - AUS DEM PARTEILEBEN - AUS DEM PARTEILEBEN - AUS DEM PARTEILEBEN

DIE MASSREGELUNG DES GENOSSEN ARMIN FREUDMANN
=====

Eine lehrreiche Bezirkskonferenz

Die Bezirkskonferenz der Favoritner Kommunisten am 4. April stand ganz im Zeichen der ideologischen Auseinandersetzung zwischen Revisionismus und Marxismus-Leninismus.

Mit aller Deutlichkeit trat auf der Konferenz zutage, daß der Tod Paul Frischauers keineswegs das Ende der revisionistischen Offensive bedeutete. Mehrere Redner bekannten sich offen als Frischauers Erben. Sie stellten fest, daß sein noch vom 18. Parteitag einmütig abgelehnter Standpunkt inzwischen von der Parteiführung übernommen und teilweise auch schon - ihrer Meinung nach aber in noch nicht ausreichendem Maße - in die politische Praxis umgesetzt wurde.

Diesen Feststellungen setzte Genosse LAUSCHER als Vertreter der Wiener Stadtleitung keinen Protest entgegen. Im Gegenteil: er entschuldigte sich, daß die Partei nicht schon früher diesen Weg beschreiten konnte.

"Wie hätten wir 1962 den Führungsanspruch der SP-Führung unterstützen können", rief er aus, "wo sie doch damals selbst nur von der Herstellung des Gleichgewichts mit der ÖVP sprach! Wir waren ja auch nie gegen die Koalition. Wenn es in dieser Frage vielleicht Schwankungen gegeben hat, so ist es doch heute völlig klar, daß wir nicht gegen die Koalition sind. Wir müssen auch anerkennen, daß die SP-Führung immer wieder Initiativen entwickelt hat, wie in den Fragen Rösch-Plan, Thirring-Plan und Wahlrechtsreform."

Siehe da! Der Wahlrechtsreformvorschlag der SP - mit der eindeutig gegen die Kommunisten gerichteten 5 %-Klausel - ist plötzlich schon zur positiven Initiative der SP-Führer aufgewertet! Wer beweisen will, daß man die SP-Führung nicht bekämpfen, sondern höchstens kritisieren darf, muß auch solche Purzelbäume schlagen.

In die gleiche Kerbe schlug Genosse PRAGER, der zu beweisen suchte, daß der Weg der Reformen durchaus kein Reformismus sei. Auch er wandte sich heftig dagegen, die SP-Führung zu bekämpfen.

"Wenn Pittermann in die Volksdemokratien fährt, um Aufträge für die Verstaatlichten zu besorgen - sollen wir ihn deshalb bekämpfen?" fragte Prager.

Nein, Genosse Prager, nicht deshalb. Aber deshalb, weil der gleiche Pittermann - auch wenn er die EWG einmal als Superkartell bezeichnete - zugleich Österreichs Anschluß an die EWG vorbereitet!

"Wenn die SP gegen die Ausgabe von Volksaktien ist - sollen wir sie darum bekämpfen?" fragte Prager.

Nein, Genosse Prager, nicht darum. Aber darum, weil die SP-Führung gleichzeitig die Auslieferung der Elektroindustrie an das deutsche Monopolkapital betreibt! Und schließlich und endlich vor allem darum, weil die SP-Führung mit ihren sozialistischen Phrasen die Arbeiterklasse vom Kampf um den Sozialismus abhält, statt diesen Kampf zu führen.

"Man hat uns heute gesagt, wir sollten revolutionär sein", sagte Prager, "aber die Revolution ist weit, der Arbeitsplatz ist nah. Deshalb müssen wir für den Arbeitsplatz kämpfen!"

Ist das nicht Revisionismus in Reinkultur? Hat es nicht Genosse Lenin den Kommunisten zur Pflicht gemacht, bei allem was sie tun, die Arbeiterklasse für die Revolution vorzubereiten - auch wenn diese "noch weit" ist? Wer sich aber, weil die Revolution "weit" ist, nur mit den Fragen beschäftigt, die "nah" sind, wird weder die Arbeiter der Revolution, noch die Revolution den Arbeitern näherbringen, der rückt absichtlich die Revolution in immer weitere Fernen, der hat sich praktisch mit dem Kapitalismus abgefunden.

Wie sehr sich die Parteiführung bereits auf die revisionistische Linie Frischauers begeben hat, zeigt ein Beschluß der Wiener Stadtleitung über ein von drei Anhängern Frischauers kürzlich verfaßtes und versandtes Elaborat, das nicht nur das revisionistische Konzept Frischauers wiederholt, sondern noch weiter, noch offener revisionistisch ausbaut. In dem Beschluß der Stadtleitung gibt es kein Wort der politischen Ablehnung oder auch nur die Abgrenzung von den Gedanken der Revisionisten. Er verurteilt lediglich die "gegen die Parteileitung vorgebrachten Verleumdungen und böartigen Verdächtigungen". Nur in dem von der Bezirksleitung Favoriten gefaßten Beschluß, dem Beschluß der Stadtleitung zuzustimmen, gibt es eine politische Begründung, durch welche die Plattform der Verfasser der Schrift als opportunistisch-revisionistisch verurteilt wird. Diese politische Verurteilung wurde auf Antrag des Genossen Armin FREUDMANN ausgesprochen.

UNMITTELBAR DARAUF WURDE IN DER GLEICHEN SITZUNG AUCH DER BESCHLUSS GEFASST, GENOSSEN ARMIN FREUDMANN, DER DAMALS NOCH NICHT VOLLMITGLIED DER REDAKTION DER "ROTEN FAHNE" WAR, WEGEN SEINER FINANZIELLEN UND POLITISCHEN UNTERSTÜTZUNG DER "ROTEN FAHNE" NICHT MEHR ZUR WIEDERWAHL IN DIE BEZIRKSLEITUNG, DER ER BIS DAHIN ANGEHÖRT HATTE, VORZUSCHLAGEN.

+ + +

Auf der Bezirkskonferenz versuchte Genosse Armin Freudmann, sich mit den gegen ihn erhobenen "Beschuldigungen" politisch - und nicht formal - auseinanderzusetzen. Er wies darauf hin, daß die Wurzeln der ideologischen Meinungsverschiedenheiten sowohl innerhalb der kommunistischen Weltbewegung als auch innerhalb der einzelnen Parteien im 20. Parteitag der KPdSU liegen. Wesentliche ideologische Differenzen gibt es daher auch in unserer Partei schon seit dem 20. Parteitag. Es sind Differenzen über das Wesen der Grundsätze des Marxis-

mus-Leninismus und ihre den heutigen Verhältnissen entsprechende praktische Anwendung. Dabei hat unsere Parteiführung immer offener Positionen des Revisionismus bezogen. Ein Beispiel dafür ist die Wandlung, die in der Einstellung zum "friedlichen Übergang" auftrat. Noch in den Programmatischen Leitsätzen hieß es, daß man sich sowohl auf den friedlichen als auch auf den nichtfriedlichen Übergang zum Sozialismus orientieren muß. Jetzt heißt es bereits, daß man sich nur auf den friedlichen orientieren darf, weil man sich nicht gleichzeitig auf zwei Möglichkeiten orientieren kann. Glücklicherweise hat nicht einmal die KPdSU in ihrer Praxis diesen Weg beschritten. Denn würde sie sich z.B. in der Frage "Krieg und Frieden" nur auf die Möglichkeit der Erhaltung des Friedens vorbereiten, dann hätten wir schon den Krieg. Das gleiche gilt auch für den Übergang zum Sozialismus. Wer sich nur auf den friedlichen Weg vorbereitet, wird den blutigsten aller nichtfriedlichen Wege gehen müssen und - geschlagen werden. Das hat uns gerade in den letzten Tagen das Beispiel Brasiliens bewiesen. Dort wurden die Massen unter der Führung von PRESTES nur auf den friedlichen Übergang zum Sozialismus vorbereitet, was den Übergang zur faschistischen Militärdiktatur ermöglichte, weil in der entscheidenden Situation die Massen nicht auf den revolutionären Kampf vorbereitet waren.

Ebenso eindeutig hat die Parteiführung sich in der Frage der Einschätzung der SP auf den revisionistischen Weg begeben, wenn sie die SP als eine Partei des Kampfes für den Sozialismus ausgibt und statt Bekämpfung der SP-Führung nur deren wohlwollende Kritik empfiehlt.

Während die Parteiführung die politischen Grundprinzipien des Leninismus preisgegeben hat, klammert sie sich aber an das, was sie als Leninsche Normen des Parteilebens bezeichnet, an das, was sie demokratischen Zentralismus nennt - der zwar längst nicht mehr demokratisch ist (nachdem das ZK die Beschlüsse des Parteitages über Wahltaktik, Kampf gegen die SP-Führung, Bekämpfung des jugoslawischen Revisionismus etc. selbst gebrochen hat), ihr aber formal die Möglichkeit gibt, jedes Eintreten für eine richtige politische Linie als Fraktionismus zu bezeichnen.

Sie beruft sich dabei auf das Parteistatut. Aber das Parteistatut gilt nicht für irgend eine Partei, sondern für die Kommunistische Partei. Gibt die Führung einer kommunistischen Partei die Grundsätze des Marxismus-Leninismus preis, dann hat sie selbst gegen das Statut verstoßen und kein Recht mehr, sich auf dieses zu berufen.

GENOSSE LENIN HAT UNS GELEHRT, DASS IMMER DIE REVISIONISTEN DIE SPALTER WAREN.

Wer an den Grundsätzen des Marxismus festhält, sie gegen den Revisionismus verteidigt, kann daher nie ein Spalter im Leninschen Sinne sein. Wer aber Marxisten-Leninisten an den Rand und über den Rand der Partei hinausdrängen will, der ist ein Spalter.

LENIN HAT AUCH GELEHRT, DASS PARTEIDISZIPLIN OHNE REVOLUTIONÄRE GRUNDSÄTZE IHREN SINN INS GEGENTEIL VERKEHRT.

Die Entartung der einst revolutionären sozialistischen Parteien und des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens haben diese Lehre bestätigt.

Da die Differenzen in unserer Partei nur eine Widerspiegelung der Differenzen in der Weltbewegung sind, sollten wir sie in gleicher Weise austragen. So wie die Staaten des sozialistischen Lagers trotz der Meinungsverschiedenheiten die Einheit des sozialistischen Lagers zu erhalten bestrebt sein müssen, so sollten wir uns bemühen, trotz aller Meinungsverschiedenheiten die organisatorische Einheit der Partei zu wahren. Dies könnte aber nur auf der Basis geschehen, daß den Vertretern beider Auffassungen die gleichen Möglichkeiten zur Vertretung ihres Standpunktes eingeräumt werden. Keinesfalls kann es mit Hilfe einer "Politik der Stärke" der derzeitigen Mehrheit gegen die derzeitige Minderheit in der Partei erreicht werden. Marxisten-Leninisten können und werden nie von ihren als richtig erkannten Grundsätzen abgehen. Wer das von ihnen erzwingen will, spaltet die Partei.

+ + +

Genosse Armin Freudmann, dem streng nach Geschäftsordnung nur 10 Minuten Redezeit zugewillt waren, mußte seine Ausführungen schon vorher einmal unterbrechen. Sein Verlangen, ihm die Möglichkeit zu geben, seinen Standpunkt in größtmöglicher Kürze, aber doch vollständig darzulegen und ihm dazu noch 10 Minuten Redezeit zu bewilligen, wurde in einer Kampf-
abstimmung mit schwacher Mehrheit abgelehnt. Er konnte seine Ausführungen nur dadurch fortsetzen, daß er von dem Recht, ein zweites Mal für 5 Minuten das Wort zu ergreifen, Gebrauch machte. Als auch diese 5 Minuten zu Ende waren, siegte endgültig die Geschäftsordnung. Ehe Genossen Armin Freudmann das Wort entzogen wurde, richtete er an die Delegierten noch die dringende Aufforderung:

"Genossen, überlaßt die Partei nicht den Revisionisten und jenen, die sie den Revisionisten überlassen wollen!"

Im Laufe der Diskussion äußerten mehrere Genossen ihre ersten Bedenken gegen den Versuch, die Austragung der Meinungsverschiedenheiten durch administrative Maßnahmen unterdrücken zu wollen. Das hätte das Ende jeder ehrlichen Diskussion zur Folge und würde die Partei zu einem Verein von Jasagern degradieren. Auch die ehrliche Besorgnis über das Vordringen des Revisionismus in der Partei äußerte sich in mehreren Diskussionsbeiträgen. Ein Genosse sagte in diesem Zusammenhang:

"Man wirft den Marxisten-Leninisten in der Partei vor, sie seien Dogmatiker, sie hätten sich 'zu wenig entwickelt'. Die Gefahr für die Partei bilden aber heute jene Genossen, die sich zu viel 'entwickelt' und die richtigen alten Grundsätze aufgegeben haben. Die Wurzeln aller Differenzen und die Gefahr der Spaltung liegen im 20. Parteitag der KPdSU. Die Argumente, die heute gegen die Marxisten-Leninisten in der Partei vorgebracht werden, könnten direkt von Bernstein und Kautsky abgeschrieben sein. Man wirft den Genossen, die die 'Rote Fahne' verbreiten, vor, sie spalten die Partei. Würde aber die 'Volksstimme' nicht nur einseitig die Beschuldigungen gegen die KP Chinas, sondern auch die Stellungnahmen der KP Chinas selbst veröf-

fentlichen, dann fiele ein Grund für die Notwendigkeit der 'Roten Fahne' weg. Ein Lenin-Wort, das heute wieder höchste Aktualität erlangt hat, lautet: 'Die Arbeitereinheit ist eine große Lösung. Aber die Einheit der Arbeiterklasse kann nur die Einheit der Marxisten sein und nicht die Einheit mit den Gegnern und Verfälschern des Marxismus.' Es ist heute höchste Zeit, den Revisionismus zu bekämpfen. Wer das nicht tut, läßt eine große Verantwortung auf sich."

Vor der Abstimmung über die Wahl der neuen Bezirksleitung warnte ein Genosse vor der Maßregelung des Genossen Armin Freudmann. Er sagte:

"Es geht nicht um eine bestimmte Person. Es geht um die Frage, ob die Marxisten-Leninisten aus den verantwortlichen Funktionen und aus der Partei verdrängt werden sollen. Wenn das geschieht, wird der Revisionismus noch ungehemmter die Partei zersetzen und politisch liquidieren können."

Der Konferenz lag ein einziger nicht von der Bezirksleitung selbst gestellter Antrag vor. Es war der Antrag des Genossen Dr. Walter FREUDMANN, der sich für die Anerkennung der 'Roten Fahne' und für die Aufhebung des Ausschlußverfahrens gegen Genossen Franz Strobl aussprach (Wir berichteten darüber schon in der vorigen Nummer der "Roten Fahne").

Merkwürdigerweise begnügte sich der Vorsitzende der Konferenz damit, die gegen eine Stimme erfolgte Ablehnung des Antrages Dr. Walter Freudmanns zu konstatieren, verzichtete jedoch auf die Auszählung der Stimmenenthaltungen.

Das Verlangen, Genossen Armin Freudmann wegen seiner Unterstützung der "Roten Fahne" nicht mehr in die Bezirksleitung zu wählen, wurde angenommen, gegen die Verfasser des revisionistischen Elaborats dagegen wurde zwar eine Resolution, aber keinerlei Maßnahmen beschlossen.

In Worten gegen den Revisionismus, in Taten gegen die Marxisten-Leninisten - das ist heute die Linie und Politik der Parteiführung. Mit dem Appell an die "Parteidisziplin" und mit der heuchlerischen Berufung auf die von ihr selbst verletzten Leninschen Normen des Parteilebens vermochte die Parteiführung noch dutzende Genossen, die von der Verderblichkeit der "neuen Linie" überzeugt sind, bei der Stange zu halten. Aber sie wird trotzdem nicht verhindern können, daß der antirevisionistische Widerstand in der Favoritner Organisation fortbestehen und an Stärke zunehmen wird.

Der Sieg der "Parteidisziplin" bei Preisgabe der marxistischen Grundsätze hat die sozialdemokratischen Parteien zu Anhängseln der Bourgeoisie gemacht. Dieselbe Politik droht heute unsere Partei zu einem Anhängsel der SP und damit ebenfalls zu einem Anhängsel der Bourgeoisie zu machen.

Dieser Gefahr mit aller Macht entgegenzutreten, ist nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht jedes Kommunisten. Und wir sind überzeugt: das Recht wird sich durchsetzen, die Pflicht wird erfüllt werden. Die Marxisten-Leninisten werden ihre Favoritner Organisation nicht den Revisionisten überlassen.

r.r.

BETRIEBEN - AUS DEN BETRIEBEN - AUS DEN BETRIEBEN - AUS DEN BETRIEBEN - AU

Noch einmal: ZUM MITBESTIMMUNGSRECHT

=====

Angeregt durch den in der letzten Nummer der "ROTEN FAHNE" veröffentlichten Artikel eines Betriebsrats über das Mitbestimmungsrecht sandte uns ein Leser den folgenden Diskussionsbeitrag, den wir umso lieber veröffentlichen, da er Gedanken enthält, die vielleicht zur weiteren Diskussion dieses Problems herausfordern.

Die Debatte um das Mitbestimmungsrecht erschöpft sich gewöhnlicherweise in der Argumentation, daß das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter in einem bürgerlichen Staat günstigstenfalls nur ein Mitspracherecht, die Zuerkennung einer höchstens beratenden Funktion, daher die Verbreitung einer gefährlichen Illusion sei. Das wird selbst von den extremsten Revisionisten nicht einfach bestritten, doch geben sie darauf viele "wenn", "aber" und "andererseits" zu bedenken.

Es sieht jedoch so aus, als ob eine derartige Diskussion überhaupt am Kern der Sache vorbeiginge. Zur Debatte steht nämlich gar nicht, ob das Mitspracherecht in diesem oder jenem Grad in der Praxis des bürgerlichen Staates verwirklicht ist, sondern ob eine solche Reform die Positionen der Bourgeoisie schwächt und die des Proletariats festigt, oder umgekehrt, ob sie der Bourgeoisie dient und für die Arbeiterklasse schädlich ist.

Das Mitbestimmungsrecht stellt offenbar eine Reform in einer Richtung dar, die letzten Endes auf die "Arbeiterselbstverwaltung" des titoistischen Revisionismus hinauswill. Dieser Weg stellt eine grundsätzliche Abkehr vom Sozialismus und den Versuch einer Wiederbelebung des Anarcho-Syndikalismus (in abgewandelter Form) dar, dessen Irrlehren Lenin gründlichst widerlegt und vor denen schon Marx und Engels in "Die revolutionäre Taktik des Bundes der Kommunisten" (Ergänzung zum "Kommunistischen Manifest") im März 1850 gewarnt haben:

"Am allerwenigsten darf geduldet werden, daß eine Form des Eigentums, die noch hinter dem modernen Privateigentum steht und sich überall notwendig in dieses auflöst, das Gemeindeseigentum und die daraus hervorgehenden Streitigkeiten zwischen reichen und armen Gemeinden ... sich verewige... Heute ist die Durchführung der strengsten Zentralisation die Aufgabe der wirklich revolutionären Partei."

Die Nationalökonomien der Bourgeoisie haben Marx und Engels studiert und offenbar auch recht gut verstanden. So wie in Jugoslawien die "Arbeiterselbstverwaltung" des titoistischen Revisionismus von den Imperialisten zur Restaurierung einer "Form des Eigentums benützt wird, die noch hinter dem modernen Privateigentum steht und sich überall notwendig in dieses auflöst", so soll das Mitbestimmungsrecht in Österreich den Reprivatisierungsprozess einleiten bzw. unterstützen;

die Bourgeoisie beabsichtigt, die verstaatlichten Betriebe auf dem Umweg über das Mitbestimmungsrecht sukzessive zu entstaatlichen.

Es ist klar, daß bei diesen Manipulationen vielerlei, oft sehr kompliziert miteinander verknüpfte oder einander widersprechende Beweggründe mitspielen; hinsichtlich einer ihrer Absichten ist sich aber die ganze Reaktion einig: durch die Manipulation mit Verstaatlichung und Entstaatlichung soll das sozialistische System kompromittiert werden - weshalb die Sozialdemokraten auch pflichtschuldigst jede Verstaatlichung übertrieben als Erfolg preisen und schamlos genug sind, dafür den Ausdruck "Sozialisierung" zu mißbrauchen, obwohl es doch auf der Hand liegt, daß ein Staat, der ein Instrument der Klassenherrschaft der Bourgeoisie ist, einen Betrieb zu "sozialisieren" überhaupt nicht imstande ist. Es ändert sich nichts als die Form der Organisation der kapitalistischen Ausbeutung. Indem die Kapitalisten den verstaatlichten Betrieb lautstark als "sozialisierten" bezeichnen und ihn planmäßig in Schwierigkeiten bringen, wollen sie dem Arbeiter den Sozialismus vergällen. Durch diese Manipulationen dürfen sich die Arbeiter nicht irreführen und auf Abwege verleiten lassen, seien es die der "Arbeiterselbstverwaltung" Titos, der "Volksaktie" der ÖVP oder der "Mitbestimmung" der alten und neuen Revisionisten. Die Arbeiter dürfen keinesfalls auf Schlagworte wie "Der Betrieb gehört den Arbeitern", "Jeder Arbeiter ist Teilhaber" usw. hereinfallen, sondern müssen unbeirrt an der einzig richtigen, der marxistischen Lehre festhalten. Das heißt, es ist "heute die Durchführung der strengsten Zentralisation die Aufgabe der wirklich revolutionären Partei."

Die Verstaatlichung darf nicht durch ein Mitbestimmungsrecht verdünnt, sondern muß im Gegenteil vorangetrieben werden. Die verstaatlichten Betriebe sind in Staatsbetriebe, die von den Gemeinden geführten Betriebe in Gemeindebetriebe zu verwandeln; sie sind möglichst weitgehend mit den ihnen übergeordneten Ministerien, bzw. Gemeindeämtern zu verschmelzen, am besten direkt als Abteilungen derselben zu führen. Den notwendigen Schutz des Arbeitsplatzes darf man keinesfalls auf die Schultern von Betriebsräten abwälzen, die dafür in Wahrheit gar nicht sorgen können, sondern seine Sicherheit muß der Staat übernehmen. Anders ausgedrückt: Das Arbeitsrecht der Staatsbeamten und Gemeindebediensteten muß auf die Bediensteten der verstaatlichten und kommunalisierten Betriebe nach und nach ausgedehnt werden.

Wären beispielsweise für die Bediensteten von Straßenbahn und Bundesbahn in dieser Richtung nicht rechtzeitig Maßnahmen ergriffen worden, hatte der Reprivatisierung dieser Betriebe ebensowenig im Wege gestanden wie der des Brauhauses der Stadt Wien!

Der Einwand, daß in einem solchen Falle alle verstaatlichten und kommunalisierten Betriebe mit demselben Defizit wie Straßenbahn und Bundesbahn arbeiten würden, ist nicht stichhaltig, weil dieses Defizit weder auf die schlechtere Arbeitsmoral der dort Beschäftigten, noch auf das "System" zurückgeht, sondern

ausschließlich auf die Machenschaften der kapitalistischen Elemente mit und gegen diese Betriebe. Aber der bürgerliche Staat müßte dieses Defizit dann eben selbst fressen und könnte es nicht mehr so ohne weiteres auf die Arbeiter abwälzen.

- er

ATIONALE RUNDSCHAU - INTERNATIONALE RUNDSCHAU - INTERNATIONALE RUNDSCHAU - I

KUBA VERURTEILT DIE HALTUNG JUGOSLAWIENS AUF EINER TAGUNG DER BLOCKFREIEN LÄNDER

Die Zeitung "HOY" in Havanna verurteilte das Bestehen Jugoslawiens auf der Teilnahme Venezuelas an der Zweiten Konferenz der blockfreien Länder als einen "provokatorischen und nicht zu rechtfertigenden Insult" gegen Kuba.

Die Konferenz hält ihre Vorbereitungstagung ab. Dazu schreibt "HOY":

"Die Regierung Venezuelas wird zu der Konferenz eingeladen, obwohl diese Regierung die Aufträge der Vereinigten Staaten ausführt und im Dienste des amerikanischen Geheimdienstes Komplote gegen Kuba ausheckt. Das bedeutet eine ernste Gefahr für das Gebiet des Karibischen Meeres und für die ganze Welt.

Die jugoslawische Delegation ist die einzige, die überaus heftig auf die Einladung der Regierung Venezuelas zu der Konferenz drängt. Diese Haltung der jugoslawischen Regierung kann nur als eine unfreundliche, verräterische und offensive Handlung gegen Kuba und nicht anders eingeschätzt werden ... Die jetzige venezolanische Regierung ist das am meisten aggressive und servile Werkzeug des amerikanischen Imperialismus in Lateinamerika...

Kuba ist der Außenposten des antiimperialistischen Kampfes in ganz Amerika, während die Regierung von Venezuela heute der Außenposten des Imperialismus gegen

die Befreiungsbewegung der Völker in unserer Hemisphäre ist. Die venezolanische Regierung zu einer internationalen Konferenz einzuladen, die den Imperialismus bloßstellen soll, ist daher nicht nur ein Widerspruch in sich selbst, sondern ein Insult gegen die glorreichen Errungenschaften Kubas."

TITOS DILEMMA

Die "New York Times" schreiben am 11. März 1964 in einem besorgten Artikel über die "ernsten Schwierigkeiten" Jugoslawiens:

"Die Preisspirale hat soviel Unzufriedenheit verursacht, daß sich Präsident Tito verpflichtet fühlte, sich während seines Besuches in der Stadt NIS am letzten Samstag dazu zu äußern."

Wie das Blatt schreibt, habe Tito vorgeschlagen, "weniger imponierende und prächtige Bauwerke zu errichten" und "ein ruhigeres Tempo der Entwicklung" einzuschlagen, um "den Lebensstandard zu heben."

Aber die Schwierigkeiten Jugoslawiens erwachsen natürlich nicht aus der Errichtung von zuviel "imponierenden und prächtigen Bauwerken", auch nicht aus einem zu stürmischen "Tempo der Entwicklung" seiner Wirtschaft, sondern aus der systematischen Wiederherstellung des kapitalistischen Systems in Jugoslawien unter der Fuchtel der amerikanischen Kreditgeber. Und je öfter Tito die Beseitigung der Mißstände verspricht, die hinterher nur noch ärger werden, umso rascher wird sein schon recht

gesunkenes Prestige in der jugoslawischen Öffentlichkeit weiter dahinschwinden.

DIE 7. AMERIKANISCHE FLOTTE IN DEN INDISCHEN OZEAN EINGELAUFEN

Laut Bericht aus Washington vom 10. April sind 5 Einheiten der amerikanischen 7. Flotte "still in den Indischen Ozean eingefahren und befinden sich auf Fahrt in Richtung Ostafrika."

Der Bericht bemerkt, daß das den Beginn von "regelmäßigen Kreuzfahrten starker amerikanischer Kriegsmarineeinheiten durch ein Meeres-Gebiet von wachsender Bedeutung" darstelle.

"Der erste Hafen, der besucht wird, ist Diego Suarez auf der Inselrepublik MADAGASKAR. Dann wird die Squadron nach Norden in den Golf von Oman, südlich von Iran, fahren. Das wird die Squadron in eine Gegend bringen, die nur wenige hundert Meilen von dem politisch nach links neigenden SANSIBAR und anderen unruhigen ostafrikanischen Staaten wie KENYA entfernt ist."

Wie es in dem Washingtoner Bericht weiter heißt, ist der stille Eintritt der Squadron in den Indischen Ozean ohne vorherige Ankündigung erfolgt, "um den indonesischen Präsidenten SUKARNO und andere Neutralisten in diesem Gebiet nicht herauszufordern." An der Spitze der Squadron soll sich der 42.000 Tonnen Flugzeugträger "Bon Homme Richard" befinden, der normalerweise 80 Flugzeuge und sowohl konventionelle als auch Atomwaffen führt.

SANSIBAR DELOGIERT AMERIKANISCHE "SUCH-STATIONEN"

Am 7. April teilte der Präsident von SANSIBAR, A.KARUME, dem amerikanischen Geschäftsträger mit, daß die von der amerikanischen Regierung im Jahre 1960 auf Grund eines geheimen mit der damaligen britischen Kolonialregierung abgeschlossenen Überein-

kommens auf Sansibar eingerichteten militärischen Mercury-"Such-Stationen" noch innerhalb dieses Monats entfernt werden müssen. Während der Jänner-Revolution hatte das gesamte amerikanische Personal die Insel verlassen, kehrte aber später zum Teil wieder auf die Insel zurück. Da sich die amerikanische Regierung auf keine Bewilligung der Regierung von Sansibar für die Aufrechterhaltung dieser Stationen auf der Insel berufen konnte, mußte sie sich bereit erklären, die Stationen aufzulassen. Das Verlangen der amerikanischen Regierung, ein Schiff zum Abtransport der Einrichtung der Stationen nach Sansibar zu schicken, wurde von der Regierung der Insel abgelehnt. Ein Schiff aus Sansibar wird die Instrumente der Stationen an einen Hafen von Kenya bringen und die amerikanischen Fachleute, die die Instrumente abmontieren, werden sich mit den Behörden von Sansibar in Verbindung setzen müssen. Große Massendemonstrationen unterstützen den Entschluß der Regierung, die Entfernung der militärischen Basen der amerikanischen Imperialisten zu verlangen.

NEUES AUS DEM KONGO

Vertreter des Nationalen Rates für die Befreiung des Kongo erklärten auf der 6. Tagung des Solidaritätsrates der afro-asiatischen Völker in Algier, daß die Revolution sich bereits im ganzen Lande fühlbar macht, die Patrioten einen großen Teil des Gebietes kontrollieren und der Armee MOBUTUS, die zunehmend geschwächt wird, schwere **Schläge** versetzt haben. Unter anderem sind zwei von Truppen der "Vereinten Nationen" für Mobutu bestimmte Helikopter abgeschossen und vier weitere schwer beschädigt worden.

Die kongolosischen Patrioten erklärten ferner:

"Der Hauptlieferant von Waffen für die kongolosischen Patrioten ist der amerikanische Imperialismus, der die Banditen Mobutus versorgt, die an der Front aber zu faktischen

Waffenlieferanten für die Patrioten geworden sind."

Über das Schicksal von A.GIZENGA sagten sie, daß sein Leben noch immer in Gefahr sei:

"Seit über zwei Monaten haben wir keine Nachricht von der Insel, auf der er eingekerkert ist, erhalten. Nach dem gemeinen Mord an LUMUMBA hat der Imperialismus gehofft, daß das Volk seinen Kampf aufgeben würde. Doch im Gegenteil! Tausende Lumumbas sind seit damals aufgestanden. Die Imperialisten haben geglaubt, daß die Verhaftung Gizengas den revolutionären Vormarsch des kongolesischen Volkes beenden würde. Aber die jetzige Entwicklung beweist das Vorhandensein von 14 Millionen Lumumbas und Gizengas."

Nach letzten Nachrichten aus Washington bereitet die amerikanische Regierung eine unmittelbare Hilfe für das Marionettenregime ADOULAS zur Unterdrückung des kongolesischen Volkes vor, dessen sich rasch ausbreitender bewaffneter patriotischer Kampf die amerikanischen Imperialisten sehr beunruhigt. Der amerikanische Unterstaatssekretär HARRIMAN hat den Kongo in der Zeit vom 25.

31. März besucht und danach dem amerikanischen Präsidenten den Vorschlag unterbreitet, im Kongo eine direkte militärische Intervention durchzuführen und die Truppen ADOULAS mit Hilfe amerikanischer Militäarinstruktoren "wieder in Form zu bringen." Die ADOULA-Truppen sollen außerdem eine moderne Boden- und Lufttransport-Ausstattung erhalten.

= = = = =

FAST EIN DRITTEL DER STIMMEN VERLOREN

hat unsere Partei bei den am 26. April abgehaltenen Salzburger Landtagswahlen. Selbst von der geringen Stimmenzahl des Jahres 1959 (3430 Stimmen) hat die Partei noch rund 1.100 Stimmen eingebüßt und ist jetzt mit 2370 Stimmen auf knapp über ein Prozent der Gesamtstimmen zurückgefallen. Dieses traurige Ergebnis ist kein Zufall. Es ist mit ein Beweis, daß der sogenannte "neue Kurs" durchaus keine Sympathien bringt, daß die "weiche Welle" das Ansehen der Partei nicht steigert, die Versozialdemokratisierung ihren Masseneinfluß nicht erhöht.

Die Salzburger Landesleitung meint in einer Erklärung zum Wahlergebnis ("Volksstimme" vom 28.4.64), daß die 1.100 verlorengegangenen Wähler das Gefühl gehabt hätten, "vor eine Alternativwahl gestellt zu sein". Eben. Das heißt aber, daß die KPO für sie keine Alternative war! Verwischen sich die Unterschiede zwischen KP und SP, so gehen die Leute eben nicht zum Schmiedl, sondern gleich zum Schmied!

Die Erklärung, die es schon als Erfolg bucht, daß nicht alle unsere Wähler dem Argument auf den Leim gingen, ihre Stimme nicht "wegzuwerfen", sondern lieber die SP gegen die OVP zu "stärken", rauft sich nicht zufällig mit diesem Argument herum. Fordert dieses Argument doch das ZK mit seiner eigenen Politik immer aufs neue heraus!

"Man kann nicht durch Verzicht auf eine eigene Politik und durch Nachgeben dem Fortschritt dienen und die Reaktion schwächen... DER FEIND STEHT RECHTS!", sagt die Erklärung zuletzt. Wie wahr das ist! Euer Wort ins Ohr des Polburos, Genossen! Wendet aber die ausgezeichneten Ratschläge, die Ihr für andere bereit habt, einmal selber an! Schluß mit dem Verzicht auf eine eigene Politik! Der Feind steht rechts - auch in der eigenen Partei!

WAS DIE "VOLKSSTIMME" SCHREIBT - UND WAS SIE VERSCHWEIGT

DIE ANGEBLICHE "BESCHLAGNAHME SOWJETISCHER
GEBÄUDE IN TIRANA"

=====

In ihrer Ausgabe vom 25. Februar veröffentlichte die "Volksstimme" die Falschmeldung, die albanischen Behörden hätten - unter Verletzung des Völkerrechts - sowjetische Gebäude und Vermögenswerte in Tirana beschlagnahmt, was einen neuen feindseligen Akt der albanischen Führer gegen die Sowjetunion darstelle. Ohne sie zu überprüfen, hat die "Volksstimme" diese Lügenmeldung aus der sowjetischen Presse übernommen, als aber drei Tage darauf das Zentralorgan der albanischen Partei der Arbeit, "ZERI-I-POPULLIT", eine ausführliche Darstellung des wahren Sachverhalts gab, hat die "Volksstimme" geschwiegen. Sie demonstriert damit, was sie von objektiver Berichterstattung hält und wieviel sie diesbezüglich schon von der bürgerlichen Presse gelernt hat.

Was war es also, was die albanischen Kommunisten zu der Angelegenheit zu sagen hatten und was die "Volksstimme" ihren Lesern nicht mitteilen wollte? Nachfolgend veröffentlichen wir die wichtigsten Teile der Stellungnahme von "ZERI I POPULLIT" vom 28. Februar 1964:

"Es handelt sich um einen Komplex, welcher für die Vertretung der Sowjetunion in Tirana und ihr Personal dienen sollte, der aber niemals für diesen Zweck verwendet wurde, da er bis zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen der Sowjetunion mit Albanien noch in Bau war und nachher unvollendet blieb.

Die sowjetische Regierung behauptet, daß die 'Gebäude der offiziellen sowjetischen Vertretung in Tirana mit Mitteln der sowjetischen Regierung gebaut' wurden und daß 'der ganze Komplex ein unbestreitbares Eigentum der Sowjetunion' sei. Das ist eine glatte Erfindung und eine skrupellose Verfälschung der Wahrheit.

Tatsache ist, daß die Regierung der Volksrepublik Albanien das im Jahre 1958 erfolgte Ansuchen der sowjetischen Regierung, in Tirana das Gebäude der sowjetischen Botschaft und der Handelsvertretung zu errichten, angenommen hat. Zu diesem Zweck gab sie alle Erleichterungen und beauftragte das staatliche Bauunternehmen '21. Dezember' mit diesen Arbeiten, welches am 15. September 1959 mit der sowjetischen Botschaft einen entsprechenden Bauvertrag abschloß. Die albanische Seite erfüllte danach regelmäßig ihre vertragsmäßigen Verpflichtungen, nicht aber die sowjetische Regierung. Sie verweigerte dem Unternehmen '21. Dezember' die Bezahlung der durch den Bau entstandenen Kosten.

Auf Grund eines besonderen Zahlungsprotokolls, welches am 8. September 1956 zwischen den Regierungen Albaniens und der Sowjetunion geschlossen wurde, werden die Bauten nicht in der Kategorie der außerordentlichen Ausgaben, sondern in der Kategorie der Handelsausgaben erfaßt, das heißt in der Clearing-Verrechnung des Handelsaustausches. Das war der sowjetischen Seite klar. Deshalb hat die Albanische Staatsbank wiederholt mündlich und durch Amtsbriefe, ins-

besondere mit Schreiben vom 25. März 1960 und vom 25. Oktober 1961 von der sowjetischen Seite verlangt, daß sie die entstandenen Baukosten auf dieser Basis decke. Aber die sowjetische Botschaft gab darauf nie eine Antwort. Am 25. November 1961 wandte sich die Albanische Staatsbank wieder an die UdSSR und teilte ihr mit, daß die Baukosten bis dahin die Summe von 83,799.267 Lek, d.h. 1,508.266 Clearing-Rubel, erreicht haben und daß die Albanische Staatsbank die sowjetische Seite auf Grund des zwischen den beiden Ländern bestehenden Clearing-Vertrages mit dieser Summe belastet hat. Am 12. Jänner 1962 antwortete die Außenhandelsbank der UdSSR, daß sie es ablehne, die Kosten für den Bau der Gebäude durch Clearing-Verrechnung zu bezahlen. Damit lehnte die Sowjetregierung die rechtmäßige Begleichung der Baukosten ab, verletzte offen das genannte Protokoll vom 8. September 1956, machte den Bauvertrag vom 15. September 1959 wertlos und verzichtete praktisch auf den Bau der Gebäude überhaupt.

Wie kann also die sowjetische Regierung jetzt Anspruch darauf erheben, daß diese Gebäude Eigentum der Sowjetunion seien, wenn sie die Kosten für ihre Errichtung gar nicht bezahlt und es abgelehnt hat, ihre Verpflichtungen anzuerkennen?

Die Zahlungsverweigerung der sowjetischen Seite brachte das Unternehmen '21. Dezember' in große finanzielle Schwierigkeiten und zwang es, die Bauarbeiten am 9. Dezember 1961 zu unterbrechen, wodurch ein Teil der Gebäude unvollendet blieb. Die Regierung der Volksrepublik Albanien konnte selbstverständlich weder das Unternehmen '21. Dezember' in dieser schwierigen Lage, noch die Gebäude auf der wichtigsten Straße der Hauptstadt unvollendet lassen. Das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Volksrepublik Albanien erklärte darum in einer Note, die am 5. April 1962 an das Außenministerium der UdSSR gerichtet wurde, daß die albanische Regierung gezwungen sei, die Kosten für den Bau selbst zu übernehmen, die notwendigen Maßnahmen zu seiner Fertigstellung zu ergreifen und dadurch über diese Gebäude auch nach eigenen Bedürfnissen zu verfügen. Das ist eine vollkommen normale Handlung, steht in voller Übereinstimmung mit der Ausübung der souveränen Rechte des albanischen Staates, sowie mit den Normen der internationalen Beziehungen.

Der Gebäudekomplex, der von der sowjetischen Regierung bestellt und nicht bezahlt wurde, ist jetzt Eigentum des albanischen Staates, welcher für alle Kosten aufgekommen ist und mit vollem Recht über diesen Gebäudekomplex so verfügen kann, wie es ihm am vernünftigsten erscheint. Die sowjetische Regierung hat auf den Gebäudekomplex keinerlei Ansprüche. Das einzige Eigentum der Sowjetunion in Tirana sind die verschiedenen Gegenstände, die nach dem Abzug des damaligen Personals der sowjetischen Botschaft aus Albanien zurückgelassen wurden. Die albanische Regierung hat den sowjetischen Anspruch auf diese Gegenstände nie in Zweifel gestellt. Am 30. Jänner 1964 hat das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Volksrepublik Albanien durch eine offizielle Note verlangt, daß diese Gegenstände von der sowjetischen Regierung weggeschafft werden, da sie ansonsten an einen anderen Ort gebracht werden müßten, um dort ordentlich, als Eigentum der Sowjetunion, aufbewahrt zu werden.

So steht es tatsächlich mit der 'Wegnahme der Gebäude und des Eigentums der Sowjetunion in Albanien'!

Wenn es jemand gibt, der nicht nur den 'Takt', sondern jede Norm in den Beziehungen zwischen den sozialistischen Staaten mit Füßen getreten hat, dann ist es die sowjetische Führung selbst.

Das geht schon daraus hervor, daß sie Gebäude, die von albanischen Arbeitern mit albanischem Material und auf Kosten der albanischen Regierung gebaut wurden, als ihr 'Eigentum' reklamiert.

Abgesehen davon hat die sowjetische Führung in direktem Gegensatz nicht nur zu den Beziehungen zwischen den sozialistischen Staaten, sondern auch zu den Normen des internationalen Rechts gehandelt, indem sie einseitig die diplomatischen Beziehungen zum sozialistischen Albanien abgebrochen und in brutaler Form alle offiziellen Verträge, die zwischen der albanischen und der sowjetischen Regierung abgeschlossen worden waren, annulliert hat. Und auch die Tatsache der Organisierung einer umfassenden Blockade, die ständigen Verleumdungen und prinzipienlosen Angriffe der sowjetischen Führung gegen die Volksrepublik Albanien kann man nicht gerade als Bekundung von 'Takt' bezeichnen."

DOKUMENTE DER REVOLUTIONÄREN WELTBEWEGUNG - DOKUMENTE DER REVOLUTIONÄREN WE

DIE WELTSITUATION IST FÜR DIE REVOLUTIONÄREN
KRÄFTE ÜBERAUS GUNSTIG
=====

Die 2. Plenartagung des ZK der KP Indonesiens hat zu dem politischen Bericht des Vorsitzenden der Partei, Genossen D.N.AIDIT, einstimmig eine Resolution beschlossen, der wir folgende Abschnitte entnehmen:

"Das Plenum stimmt völlig mit der Feststellung im politischen Bericht überein, daß die internationale Situation überaus günstig ist für die Entwicklung der revolutionären Kräfte in der ganzen Welt und in wachsendem Ausmaße ungünstig für die Kräfte des Imperialismus, Kolonialismus, Neo-kolonialismus, Revisionismus und anderer Reaktionäre. Die globale Strategie der Imperialisten hat überall Rückschläge erlitten. Das Gleichgewicht der Kräfte innerhalb des imperialistischen Lagers befindet sich in einem tiefen Wandel.

In der gegenwärtigen Situation sind vier grundsätzliche Widersprüche vorhanden:

- 1) der zwischen Sozialismus und Imperialismus;
- 2) der zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie in den kapitalistischen Ländern;
- 3) der zwischen den unterdrückten Nationen und dem Imperialismus;
- 4) der zwischen den imperialistischen Ländern selbst.

Heute stellen die Widersprüche zwischen Sozialismus und Imperialismus bzw. zwischen den unterdrückten Nationen und dem Imperialismus zwei große Strömungen dar, die zusammen eine revolutionäre Flut gegen den Imperialismus bilden.

Daher sind diese beiden Widersprüche die Hauptwidersprüche in der jetzigen Welt. In Anbetracht der Tatsache, daß sich die Situation in Asien, Afrika und Lateinamerika täglich weiterentwickelt und dort die Revolution heranreift, ist es klar, daß der Widerspruch zwischen den unterdrückten Nationen und dem Imperialismus der größere Widerspruch von den beiden ist.

Nur wenn sich das Volk unter der Führung der Revolutionäre erhoben und das bürgerliche Regime vollständig gestürzt hat, wird die Möglichkeit der Lösung der vier Widersprüche vorhanden sein. Die Lösung liegt daher nur in revolutionären Maßnahmen.

Der Sturz eines bürgerlichen Regimes ist kein einfacher Prozess. Daher ist es ein großer Irrtum zu glauben, daß die Wiederherstellung des Kapitalismus in sozialistischen Ländern nicht möglich wäre.

Das Plenum verwirft die Idee, daß Europa das Sturmzentrum der Weltrevolution sei, wie das von gewissen Personen behauptet wird, die meinen, daß der Hauptwiderspruch im kapitalistischen Europa liege. Das Plenum betrachtet diese Idee als eine Abart der dogmatischen Ansichten über die proletarische Revolution, wie sie von den opportunistischen Parteien der Zweiten Internationale vertreten wurden. Lenin selbst hat diese Ansichten durch seine Theorie und Praxis der Großen Oktober-Revolution widerlegt. Er sagte, daß die Revolution nicht in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern, sondern an dem schwächsten Glied in der Kette des Imperialismus ausbrechen würde.

Gewisse Kommunisten vertreten die Ansicht, daß wir, wenn wir den Widerspruch zwischen den unterdrückten Nationen und dem Imperialismus als den Hauptwiderspruch betrachten, die Bauernschaft zur Führerin der Revolution machen. Solche Personen sind nach Meinung des Plenums in Wirklichkeit schwankend in ihrem Glauben an die Notwendigkeit der Führung durch die Arbeiterklasse. Wir Kommunisten haben keinen Grund, irgend einen Zweifel über die Notwendigkeit der proletarischen Führung in einer Revolution zu haben, da es kein einziges Beispiel gab noch gibt, in dem die Bauernschaft in ihrer Revolution ohne Führung durch die Arbeiterklasse gesiegt hätte.

Marx, Engels und Lenin haben der Bauernfrage stets größte Bedeutung beigemessen. Das Plenum unterstreicht die Bedeutung der Beurteilung im politischen Bericht, daß von einem weltweiten Gesichtspunkt aus Asien, Afrika und Lateinamerika das Dorf der Welt darstellen, während Europa und Nordamerika ihre Städte sind und daß das Weltproletariat der Revolution in Asien, Afrika und Lateinamerika, d.h. der Revolution in den ländlichen Teilen der Welt, einen bedeutenden Platz im Kampf um den Sieg der Weltrevolution zuweisen muß.

Das Plenum stimmt einhellig der im politischen Bericht enthaltenen Kritik der Ansicht zu, daß nationale Befreiungs-

kämpfe ohne die Hilfe aus den sozialistischen Ländern nicht erfolgreich sein könnten.

Das Plenum unterstreicht die zwei wichtigen im politischen Bericht angeführten Erfahrungen. Die erste ist die aus der Abhaltung der GANEFO (Sportspiele der neu aufsteigenden Kräfte) gewonnene Erfahrung, die zeigt, daß die Aufgabe der Zerschlagung des modernen Revisionismus sich nicht allein auf die Kommunisten beschränkt, sondern daß diese Aufgabe alle Patrioten angeht, die gegen den Imperialismus, Kolonialismus und Neo-Kolonialismus sind. Die Revisionisten sind Freiwillige für die Imperialisten, politisch und ideologisch.

Die zweite Erfahrung ist, daß alle unsere Erfolge auf der Tatsache beruhen, daß wir unter den Kommunisten und den Menschen von Indonesien den Banteng-(wilder Stier)-Geist, den Geist des Vertrauens in und des Bauens auf die eigene Kraft und den Geist der festen Verteidigung des revolutionären Standpunktes und des entschlossenen Vorwärtsmarschierens in volle Wirkung gebracht haben.

Bei der Durchführung der Aufgabe der Zerschlagung 'Malaysias' darf nicht vergessen werden, daß der amerikanische Imperialismus der gefährlichste Feind und Feind Nummer 1 des indonesischen Volkes ist. Für den amerikanischen Imperialismus ist es notwendig, 'Malaysia', eine Form des Neo-Kolonialismus, zu erhalten. Daher bedeutet der Kampf gegen Malaysia gleichzeitig Kampf gegen den amerikanischen wie gegen den britischen Imperialismus."

Zur Frage des Moskauer Drei-Mächte-Paktes sagt die Resolution, daß es viel besser gewesen wäre, wenn ein solcher Pakt nicht geschlossen worden wäre. Die Ereignisse haben auch gezeigt, daß die Weltfriedensbewegung nach der Unterzeichnung des Paktes gelähmt ist. Die ununterbrochenen unterirdischen Atomkernversuche begegnen keiner Opposition, weil sie die Billigung des Paktes besitzen.

"Die indonesischen Kommunisten verlangen weiterhin die Versenkung aller Kernwaffen im Meere, das vollständige Verbot der Erprobung, der Erzeugung, der Ansammlung und der Verwendung von Kernwaffen und die wirksame Überwachung all dieser Maßnahmen. Unsere Einstellung zu den Atomwaffen ist die, daß, obwohl die Entdeckung der Atomenergie die Entwicklung der gesellschaftlichen Produktionskräfte beeinflusst, die Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung dadurch nicht geändert werden. Deshalb sollen wir uns nicht vor der imperialistischen Atomdrohung beugen; wir bekämpfen den Fetischismus der Atomwaffen und verurteilen den blinden Glauben an sie.

Das Plenum stimmt völlig mit der Entschliebung im politischen Bericht überein, daß es unmöglich, unverantwortlich und in Widerspruch zum Geist des proletarischen Imperialismus ist, in einem oder mehreren Ländern den kommunistischen Aufbau durchzuführen, solange der Weltimperialismus existiert. Solange die sozialistischen Länder noch militärisch und ideologisch bedroht werden, ist ihr wirtschaftlicher Aufbau weitgehend behindert. Ferner sind alle sozialistischen Länder

verpflichtet, das Bündnis der proletarischen Staaten zu stärken und sollten es in das wichtigste Instrument zur Zerschlagung des Imperialismus in der Welt und zur Beseitigung der Überbleibsel der bürgerlichen Kräfte im eigenen Land verwandeln.

Der Friede ist die Voraussetzung des Aufbaus der kommunistischen Gesellschaft. Aber die Welt heute steht zwei Möglichkeiten gegenüber: Krieg oder Frieden. Daher vertritt das Plenum die Meinung, daß unter diesen Umständen der Plan, die kommunistische Gesellschaft zu errichten, nur ein subjektiver Plan sein kann, der die revolutionäre Weltbewegung schwächt. Dieser subjektive Plan idealisiert die jetzige internationale Situation, verniedlicht die Imperialisten und ihre Häuptlinge, die überall Intervention, Wühlarbeit und Aggression betreiben und beschreibt sie als 'friedliebend' und 'weise'.

Zur Frage der Spaltung und Umgruppierung, die jetzt innerhalb der kommunistischen Parteien vieler Länder vor sich geht, müssen wir indonesischen Kommunisten eine möglichst objektive Haltung in Übereinstimmung mit dem Marxismus-Leninismus, dem proletarischen Internationalismus und den revolutionären Prinzipien der Moskauer Erklärungen von 1957 und 1960 einnehmen. Die indo nesische kommunistische Partei wird weiterhin, so wie sie es von Anfang an getan hat, eine feste Haltung gegenüber den Fragen in der internationalen kommunistischen Bewegung einnehmen.

Zu den Möglichkeiten der Einberufung eines internationalen Treffens der kommunistischen und Arbeiterparteien steht das Plenum in Übereinstimmung mit den Ansichten im politischen Bericht. Bilaterale Gespräche müssen fortgesetzt werden, bevor ein solches Treffen einberufen wird."

DER REVISIONISMUS DER SOWJETISCHEN FÜHRER

=====

Aus einer Rede des Genossen V.G. WILCOX, Generalsekretär der KP von Neuseeland, auf einer Parteischule in China

"Die Kommunistische Partei Neuseelands steht auf dem Standpunkt der festen Verteidigung der Deklaration von 1957 und der Erklärung von 1960 und wendet sich gegen jede einseitige Änderung dieser beiden Dokumente durch die Revisionisten. Sie ist gegen das Konzept, den "Bund der jugoslawischen Kommunisten" in unsere marxistisch-leninistische Bewegung zurückzubringen, ohne daß er seine revisionistischen Anschauungen oder Handlungen aufgibt. Sie lehnt es auch ab, die revisionistische Behauptung zu akzeptieren, daß der Dogmatismus und nicht der Revisionismus heute die Hauptgefahr in der marxistisch-leninistischen Bewegung der Welt sei.

Es ist heute die Idee entstanden, daß der Weg nach vorne infolge der Stärke der sozialistischen Welt leicht geworden sei, daß der Sozialismus im wesentlichen erreicht werden könne durch das Beispiel der sozialistischen Welt und nicht durch die organisierte Kampfkraft der von ihren eigenen

kommunistischen Parteien angeführten Massen. Wenn man es in dieser Weise betrachtet, verliert der Klassenkampf als die Triebkraft der Entwicklung in jedem einzelnen Lande immer mehr und mehr an Bedeutung und die Ideen von der Klassenzusammenarbeit sowohl in der inneren Politik als auch in internationalen Angelegenheiten wachsen heran. Das ist bloß ein Ausdruck des Revisionismus, des gleichen Revisionismus, den Lenin bekämpfte, wobei die Grundidee des Revisionismus heute die gleiche ist wie die Bernsteins und Kautskys.

In der imperialistischen Welt erheben sich neue Widersprüche, die aber von den Revisionisten absichtlich nicht beachtet werden. Das imperialistische Frankreich fordert zum Beispiel, wenn auch nur in bescheidener, so doch in bezeichnender Weise, die Führerschaft des amerikanischen Imperialismus heraus. Die Revisionisten aber betrachten den französischen Imperialismus als die reaktionärste Macht der Welt und raten uns, alle unsere Kräfte gegen ihn zu konzentrieren. Damit helfen sie faktisch der am meisten reaktionären Macht in der Welt, dem amerikanischen Imperialismus, seine derzeitige dominierende Position im imperialistischen Lager aufrecht zu erhalten.

Diese Frage der wachsenden Gegensätze innerhalb des imperialistischen Lagers zeigt klar die Rolle des modernen Revisionismus in der Praxis. Infolge der falschen Theorie, sich mit dem Imperialismus als einem monolithischen Ganzen zu befassen, was für die Revisionisten in der Praxis bedeutet, mit den Führern des amerikanischen Imperialismus gemeinsam zu führen, sind sie dabei, den amerikanischen Imperialismus und seine Interessen zu verteidigen.

Die Revisionisten sprechen so, als ob der nationale Befreiungskampf nahezu beendet wäre und alsob wir nun in eine neue Welt eintreten würden. Sie lehnen es ab, die wachsende Gefahr des Neo-Kolonialismus zu sehen, weil sie diese Einsicht in einen direkten Konflikt mit dem Imperialismus bringen würde, von dem sie vorgeben, daß er allmählich einschlafe. Ihre Lösung besteht darin, durch 'wirtschaftliche Hilfe' in friedlichen Wettbewerb mit dem Imperialismus zu treten... Das wurde in Indien gemacht. Heute ist die Politik der Indischen Kongreßpartei reaktionär - hilft dem Imperialismus, verhindert wahre Unabhängigkeit und führt zur weiteren Verarmung der Massen des indischen Volkes. Aber Chruschtschow und seine Anhänger kriechen vor NEHRU, geben ihm eine Hilfe, die direkt gegen ein anderes sozialistisches Land verwendet wird und bleiben dabei, daß der chinesisch-indische Grenzkonflikt ein 'Fehler Chinas' sei! Auf diesem Standpunkt verbleiben sie trotz der Tatsache, daß kein anderes asiatisches oder südostasiatisches Land, sozialistisch oder nichtsozialistisch, ihre Meinung teilt.

Die Revisionisten schwätzen über Weltfrieden, über eine Welt ohne Waffen und ohne Krieg, aber durch ihre Taten stärken sie die Kräfte, die jetzt und in der Zukunft die Hauptgefahr darstellen, sowohl was den Weltkrieg betrifft, als auch soweit es örtliche imperialistische Kriege betrifft.

Wo bewaffneter Kampf geführt wird, in vielen Fällen unter Führung der kommunistischen Partei, zeigen die Revisionisten kein Interesse für den Sieg der Befreiungskräfte, sondern ihre Hauptsorge ist es, einen 'friedlichen Weg' zur Zusammenarbeit mit den Imperialisten zu finden.

Die grundlegende Frage für die neuseeländische Partei liegt in der richtigen Strategie und Taktik gegenüber der Sozialdemokratie. Die Revisionisten glauben, sofern eine Arbeiterpartei eine überwiegende Mehrheit von Arbeitern als Mitglieder habe, folge daraus, daß sie einen proletarischen Klassenstandpunkt in ihrer Politik einnehme oder daß zum mindesten eine richtige Politik erreicht werden könne - ohne harten ideologischen Kampf zur Gewinnung der Arbeiter für das Verständnis der grundlegenden Prinzipien des Marxismus-Leninismus und der Notwendigkeit einer kommunistischen Partei. Sie bleiben dabei, die historische Tatsache zu ignorieren, daß die Sozialdemokratie nirgends in der Welt die arbeitenden Massen und ihre Verbündeten zur Erringung der Staatsmacht und der Schaffung einer sozialistischen Gesellschaft geführt hat. Nur wo eine starke und entschlossene Führung durch die Partei der Arbeiterklasse, die kommunistische Partei, vorhanden war, ist das erreicht worden. Indem sich die modernen Revisionisten darauf berufen, daß wir in einer 'neuen Aera' leben und daß die Dinge jetzt anders seien als früher, sagen sie, daß wir jetzt in einer anderen Weise arbeiten und im wesentlichen auf dem parlamentarischen Wege - mit kleinen Hinzufügungen da und dort - eine sozialistische Gesellschaft erreichen könnten. Sie erwarten, den Sozialismus durch eine Arbeiterpartei zu erreichen, unterstützt durch einige Injektionen von den jetzigen Mitgliedern der kommunistischen Partei. Das führt zur Verneinung der führenden Rolle einer kommunistischen Partei und bringt sie praktisch auf den Weg der Liquidierung.

Die kommunistische Partei Neuseelands betrachtet die Sozialdemokratie nicht in solch revisionistischer Weise. Wir sehen die Notwendigkeit, für unmittelbare Kampfaufgaben mit allen Abteilungen der Arbeiter - einschließlich jener, die von der Arbeiterpartei (Labour Party) am meisten beeinflusst sind und sie unterstützen - zusammenzuarbeiten und uns zu vereinigen, aber wir sehen auch die Notwendigkeit, parallel mit dieser Einheitsfront einen fortwährenden ideologischen Kampf zu führen, um die Arbeiter für den Marxismus-Leninismus zu gewinnen und für die Erkenntnis, warum keine sozialdemokratische Partei sie jemals zum Sozialismus führen wird, sondern faktisch nur die Positionen des Kapitalismus stärkt. Wir machen Einheitsfront in der Aktion mit diesen Teilen der Arbeiterschaft, aber wir vereinigen uns nicht auf ideologischem Gebiet. Im Gegenteil: sehr stark stellen wir die führende Rolle unserer kommunistischen Partei heraus, die Gründe, warum sie gestärkt werden und ihr Einfluß erweitert werden muß, wenn wir den Kampf für ein sozialistisches Neuseeland führen wollen.

Sofern die modernen Revisionisten nicht rasch zu den Grundsätzen des Marxismus-Leninismus zurückkehren, werden sie,

ebenso wie die revisionistischen Führer der Zweiten Internationale, aufhören, Revisionisten des Marxismus-Leninismus zu sein, sondern müßten zu vollständigen Gegnern des Marxismus-Leninismus auf allen Gebieten werden. Sie würden dann ebensolche Sozialdemokraten wie die Führer der Labourparteien in der kapitalistischen Welt.

Einige kommunistische Parteien Europas, insbesondere die KP Italiens, sind heute dieser Situation sehr nahe. Es gibt keinen Mittelweg zwischen Marxismus-Leninismus und Sozialdemokratie.

Neuseeland ist das Land, das Lenin als das Paradies der 2. Internationale beschrieb. Die sozialdemokratische Idee eines Arbeiterkapitalismus, der sogenannte 'Wohlfahrtsstaat', wurde in Neuseeland schon in den Jahren um 1890 auf gesetzgeberischem Wege durch die Liberal-Labour-Regierungen jener Zeit begründet. Die sozialdemokratische Ideologie hat starke Illusionen in den Köpfen unserer Arbeiter hinterlassen und wird bis heute von der Mehrheit der Gewerkschaften akzeptiert. Die sich vertiefende Krise des Kapitalismus im Weltmaßstabe hat aber in letzter Zeit in direkterer Weise die Wirtschaft Neuseelands in Mitleidenschaft zu ziehen begonnen. Die Arbeiter, kleinen Bauern und kleinen Geschäftsleute Neuseelands haben gefunden, daß ihr Lebensstandard niedriger ist als vor zehn oder fünfzehn Jahren und daß er noch weiterhin heruntergeht. Es besteht eine wachsende Infiltration des internationalen Monopolkapitals in Neuseeland. In der Gewerkschaftsbewegung hat das eine mehr kämpferische Politik hervorgebracht, den Beginn einer allgemeinen Bewegung, mit der Klassenzusammenarbeit Schluß zu machen, und die breitere Verwendung der Streikwaffe gegen die Unternehmerklasse. Im vergangenen Jahre sind mehr Arbeiter in Streik getreten wie seit langen Jahren vorher.

Wenn wir jedoch die revisionistischen Ideen akzeptieren, können wir von diesen günstigen Bedingungen keinen Nutzen ziehen. Zusammenarbeit mit dem Imperialismus an der Spitze und Warten darauf, daß er durch friedlichen Wettbewerb aufhören werde zu existieren, führt unvermeidlich zur Akzeptierung der Idee des Klassenfriedens und nicht des Klassenkampfes in unseren inneren Angelegenheiten.

Die Revisionisten sagen, daß wir von der Generallinie unserer Weltbewegung abweichen, wenn wir sagen, daß sich heute die Sturmzentren der Weltrevolution in Asien, Südostasien, Afrika und Lateinamerika befinden. Das erzählte SUSLOW unserer Delegation, als sie in Moskau zu bilateralen Gesprächen mit dem ZK der KPdSU war. Seit wann aber haben Marxisten-Leninisten erwartet, daß der nächste Durchbruch, der nächste Vormarsch des Sozialismus in den Hauptstellungen des Imperialismus erfolgen werde?

In der Praxis bedeutet das, was Suslow, Chruschtschow und andere Führer des ZK der KPdSU uns vorschlagen: Sucht Euch die starken Positionen des Imperialismus zum Durchbruch aus.

So wie der Kampf in der imperialistischen Welt zunimmt, wird die Sozialdemokratie ein immer bösartigerer Diener des Kapi-

talismus in jedem einzelnen Lande. Die Masse ihrer Anhänger aber muß für einen Klassenstandpunkt der Arbeiterschaft und für die Unterstützung der kommunistischen Partei gewonnen werden.

Als unsere Delegation zu den bilateralen Gesprächen in Moskau diese Frage aufwarf, die nicht nur für uns in Neuseeland, sondern für die gesamte Weltbewegung so wichtig ist, weil ein entscheidender Durchbruch gegen die Sozialdemokratie in allen Ländern, in denen die sozialdemokratische Ideologie vorherrscht, unter den Massen der Arbeiter bis heute noch aussteht - was hatte da Suslow im Namen des ZK der KPdSU zu antworten?

Er sagte: 'Warum wollt Ihr uns die Schuld zuschieben? Das ist Euer Problem. Ihr müßt es lösen.'

Was ist das für eine marxistisch-leninistische Einstellung?! Sollten wir etwa eine solche Einstellung zum Kampf für nationale Befreiung in Südost-Asien beziehen, indem wir sagen, daß das nicht unser Problem sei und daß es uns deshalb nichts angehe? Natürlich nicht. Es muß jeden Marxisten angehen, weil für alle gemeinsam bedeutet die richtige Politik in allen diesen Fragen, daß wir unser Ziel erreichen, den Sieg des Sozialismus auf der ganzen Welt.

Sie sehen, daß diese Revisionisten, wie es sich in unserer Diskussion gezeigt hat, sagen, daß das Dein Problem ist, wenn sie mit einer Sache nichts zu tun haben wollen. Aber dann schaut es so aus, wie es Suslow im Namen des ZK der KPdSU beim Abschluß seines Gespräches mit uns machte; ohne zu zögern, sagte er: 'Ihr habt unrecht. Wir hatten gehofft, daß Ihr Euch ändern werdet. Wenn Ihr Euch ändert, werdet Ihr innerhalb der Reihen der Bruderparteien des Marxismus-Leninismus verbleiben. Aber wenn Ihr Euch nicht ändert, dann werdet Ihr natürlich draußen bleiben und ausgeschlossen werden.'

Mit anderen Worten: die Sozialdemokratie ist unser Problem, aber sie entscheiden, wer im Rahmen der Bruderparteien verbleiben soll.

Während der Gespräche führte die Delegation der KP Neuseelands aus, daß die Handlungen der KPdSU gegenüber dem sozialistischen Albanien, dem sozialistischen China und anderen kommunistischen Parteien in der Welt eine Haltung des Großmacht-Chauvinismus zeigten. Die Delegation der KP Neuseelands zeigte ferner auf, daß das Konzept der Führer der KPdSU darin besteht, durch die Ausbeutung der übrigen sozialistischen Welt zum Kommunismus vorwärtzuschreiten. Mit anderen Worten: sie wollen auf dem Rücken der sozialistischen Welt und der Völker und kommunistischen Parteien anderer Länder zum Kommunismus fortschreiten. Als wir das sagten, kam keine Antwort. Sie kam eine kurze Zeit später; im wesentlichen schaute sie so aus: 'Genosse Wilcox, wir sind sehr betrübt über die Einstellung der KP von Neuseeland und Ihre Einstellung in der Führung. Ihr seid Kleinstaat-Chauvinisten.'

Die KP Neuseelands ist der Meinung, daß das strategische Ziel unserer Weltbewegung die Beseitigung des Imperialismus, die

Erkämpfung der Staatsmacht der Arbeiterklasse und die Errichtung des Sozialismus auf dieser Grundlage ist; die wichtigste taktische Aufgabe im jetzigen Stadium ist die Verhinderung des imperialistischen Weltkrieges, insbesondere des Atomkrieges. So haben wir es bei den bilateralen Gesprächen im September vorigen Jahres in Moskau zum Ausdruck gebracht.

Aber wie antwortete Suslow im Namen des ZK der KPdSU, als ich das in Moskau vorbrachte? 'Sie wissen, daß das Problem der Verhinderung eines Atomkrieges viel Platz einnimmt. Die Deklaration und die Erklärung, die durch die Kommunisten der Welt beschlossen worden sind, besagen, daß die Kommunisten den Kampf für den Frieden als ihre erste Aufgabe betrachten. Stimmen Sie damit überein? Man spürte es nicht in Ihrer Rede. Sie setzen die Rolle des Kampfes für den Frieden herab, aber die Erklärung der 81 Parteien sagt, daß die Probleme von Krieg und Frieden die dringendsten Probleme unserer Zeit sind. Der Kampf um den Frieden ist nicht bloß eine taktische Angelegenheit, sondern eine Sache der strategischen Basis der internationalen kommunistischen Bewegung.'

Dieses Konzept Suslows eröffnet viele Schlupflöcher für die sozialdemokratischen Revisionisten. Unser Endziel, unser strategisches Ziel erhält weniger Bedeutung, und andere Dinge nehmen seinen Platz ein, nicht so sehr, was die unmittelbare Taktik betrifft, sondern auch vom strategischen Gesichtspunkt her. Der nächste Schritt wird sein, vom Imperialismus den Frieden zu erbitten - um jeden Preis, auch um den der Kapitulation.

In Neuseeland müssen wir darüber entscheiden, ob wir als Grundlage für den Kampf um den Frieden den Kampf gegen den Imperialismus mit allen Seiten seiner Auswirkungen und Einflüsse führen wollen oder ob wir unsere Tätigkeit auf gewisse Formen des Kampfes um den Frieden beschränken. Wenn wir das letztere tun, werden wir die Führung im Kampf für den Frieden an bürgerliche pazifistische Kräfte übergeben und in unseren Anschauungen pazifistisch werden.

Wir würden uns damit vom strategischen Ziel unserer Partei, das im Sturz des Imperialismus besteht, abwenden und würden den Frieden um jeden Preis zu unserem Ziel machen. Das ist es, was die modernen Revisionisten tatsächlich gemacht haben. Natürlich führt das nicht zu Frieden, sondern zum Krieg.

Die imperialistischen Löwen werden sich nie mit den sozialistischen Lämmern niederlegen und es ihnen erlauben, den Imperialismus langsam und friedlich durch wirtschaftlichen Wettbewerb zu liquidieren. Nein, wir selbst müssen größere, stärkere, grimmigere Löwen werden. So sagt die KP Neuseelands.

In den frühen Stadien hat die KP Neuseelands sich für die Einstellung der öffentlichen Polemiken ausgesprochen, da sie unserer Meinung nach zu jener Zeit schädlich waren. Aber die Führung der KPdSU mit Chruschtschow an der Spitze war damit nicht einverstanden. Wir verlangten ein Welttreffen, um in objektiver und dialektischer Weise die Streitfragen

zu diskutieren. Andere Parteien, einschließlich der KP Chinas, taten das gleiche. Aber was geschah? Die Revisionisten in der Führung des ZK der KPdSU beharren auf den offenen Polemiken. Sie haben sie bis jetzt fortgesetzt. Auf dem 22. Parteitag der KPdSU wurde ein heftiger Angriff gegen die Führung einer anderen Bruderpartei, gegen die albanische Partei der Arbeit geführt. Während sie wie Tauben um die imperialistischen Führer umhergurren, haben die Führer der KPdSU der Welt erzählt, daß die Führerschaft der albanischen Partei der Arbeit Verräter seien. Nachdem sie öffentlich diese schweren Schüsse abgefeuert hatten, wurden sie für eine Zeit etwas stiller. Dann, Ende 1962 und zu Beginn 1963, fand eine Reihe von Parteitagen sowohl im sozialistischen als auch im kapitalistischen Teil Europas statt. Wieder wurden offene Angriffe gestartet. Eine beschämende, unkameradschaftliche Haltung gegenüber den brüderlichen Delegierten der kommunistischen Partei Chinas und anderer Parteien, die fest auf dem Boden des Marxismus-Leninismus standen, wurde eingenommen, eine Haltung, die in den Reden Chruschtschows auf dem Parteitag der SED und in der Bewillkommung der Vertreter der jugoslawischen Revisionisten ihren Höhepunkt erreichte.

Dann kam ein Aufruf zur Einstellung der Polemiken, obwohl die KPdSU selbst sie offen betrieb und dieser Aufruf wurde wiederholt. 'Laßt die Zeit das Problem lösen, sie wird erweisen, wer recht hat,' sagten sie jetzt.

Es ist unsere Meinung, daß in diesem Stadium die offenen Polemiken nicht eingestellt werden können. Die Fragen, um die es geht, sind zu grundsätzlich; sie betreffen die Zukunft nicht bloß unserer Parteien, sondern die gesamte sozialistische Welt, die Zukunft der Menschheit. Die Polemiken können jetzt nur dann eingestellt werden, wenn die Revisionisten ihren Revisionismus, sowohl in Worten wie auch in Taten, aufgeben.

Warum wollen sie in diesem Stadium die Polemiken einstellen? Das ist nur ein Trick.' Ihre Taktik besteht darin, daß sie in wahnsinniger Weise alle möglichen Schüsse abfeuern und damit die Gehirne der Menschen überall gegen die Verteidiger des Marxismus-Leninismus vergiften, dann aber sagen: bitte, beginne nicht Deine schwere Munition zu verwenden. Wir werden jetzt alle aufhören und überlassen wir es der Zeit, alles zu klären.'

Eine andere Tatsache ist die, daß sie nicht allzu glücklich sind über den Umstand, daß eine zunehmende Zahl von Mitgliedern aller kommunistischen Parteien ihren Revisionismus zu durchschauen und zu begreifen beginnen, daß er zur Niederlage und nicht zum Sieg führt. Sie fürchten eine Antwort. Sie fürchten die Offensive der Marxisten-Leninisten in der ganzen Welt. Sie möchten den Revisionismus weiter betreiben, während alle still bleiben und auf die Zukunft warten sollen, um die Fragen zu klären. Wir können einen solchen Vorschlag natürlich nicht annehmen. Unsere Weltbewegung muß auf die Streitfragen eingehen. Den Marxisten-Leninisten muß überall Hilfe und Unterstützung gegeben werden.

Die revisionistischen Führungen einiger kommunistischer Parteien müssen durch die Offensive jener, die fest zum Marxismus-Leninismus halten, gezwungen werden, ihrer Mitgliedschaft zu erlauben, nicht nur das zu lesen, was der Revisionismus heute über den Marxismus-Leninismus und über jene, die dem Revisionismus entgentreten, zu sagen hat, sondern auch, was die Marxisten-Leninisten zu sagen haben. In der Kommunistischen Partei von Neuseeland hat die Führung konsequent versucht, ihre Mitglieder mit allen bekannten Tatsachen und verschiedenen Meinungen zu versorgen.

Warum handeln die Revisionisten in der Führung der kommunistischen Parteien nicht in der gleichen Weise? Warum erzählen sie nicht ihrer Mitgliedschaft die Wahrheit über die Bukarester Tagung, die von den Führern der KPdSU nach dem rumänischen Parteitag im Jahre 1960 einberufen wurde? Warum erzählen sie nicht die Wahrheit über die Fragen, die auf der Tagung der 81 Parteien im November 1960 diskutiert werden mußten? Der Grund ist offenbar. Sie fürchten das Bekanntwerden der Tatsachen. Ist das Marxismus?

Wir müssen nicht verzagt sein, weil wir vor einer solchen Situation stehen. Heute studieren Millionen den Marxismus-Leninismus, studieren die Probleme, die sich erheben nach dem Sieg des Sozialismus in einer Reihe von Ländern. Sie verlieren ihre idealistischen Illusionen, daß der Klassenkampf, die Widersprüche, der Zusammenstoß der Gegensätze nach dem Sieg der Revolution einfach verschwinde. Sie gelangen auch zu dem Schluß, daß sich die Natur des Imperialismus nicht geändert hat, daß in der kapitalistischen Welt Klassenkampf und nicht Klassenzusammenarbeit noch immer der erste Faktor ist im Kampfe für den Sozialismus und die Niederlage des Imperialismus.

Auf der ganzen Welt geht heute eine Gärung innerhalb der marxistischen Reihen vor sich. Ein neues Aufblühen des schöpferischen Marxismus wird sich ergeben, das den Sieg des Marxismus-Leninismus im Weltmaßstabe garantieren wird. Laßt die Revisionisten schreien und toben, laßt sie manövrieren, wie sie mögen! Wir stehen fest, weil wir wissen, daß es keinen Sieg für den Sozialismus im Weltmaßstab geben wird, keine endgiltige Niederlage für den Weltimperialismus, solange der Revisionismus in wichtigen Sektoren unserer Weltbewegung die Herrschaft besitzt.

Eigentümer, Herausgeber, Verleger, für die Vervielfältigung und für den Inhalt verantwortlich:
Franz STROBL, Wien 15., Goldschlagstraße 30/33
P.b.b. - Erscheinungsort Wien - Verlagspostamt Wien 101